



## **Ausschuss für Europa und Internationales**

### **20. Sitzung (öffentlich)**

8. März 2024

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:00 Uhr

Vorsitz: Stefan Engstfeld (GRÜNE)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

### **Verhandlungspunkt:**

**Den europäischen Katastrophenschutz durch NRW-Initiativen stärken –  
Nordrhein-Westfalen muss sein Schweigen brechen und weiter euro-  
päische Solidarität zeigen!**

**3**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/6365

– Anhörung von Sachverständigen (*s. Anlage*)

\* \* \*



**Den europäischen Katastrophenschutz durch NRW-Initiativen stärken – Nordrhein-Westfalen muss sein Schweigen brechen und weiter europäische Solidarität zeigen!**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/6365

– Anhörung von Sachverständigen (s. *Anlage*)

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Ich begrüße Sie alle herzlich zur 20. Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales. Ich begrüße die Vertreterinnen und Vertreter der Medien und sonstige Zuschauerinnen und Zuschauer, den Sitzungsdokumentarischen Dienst, und ganz besonders die Herren, die wir heute als Sachverständige anhören werden. Wie es am Weltfrauentag passieren konnte, nur Herren zu laden, weiß ich nicht. Ich fühle mich unschuldig. Das geht aufs Konto der Fraktionen. Ich gehe aber davon aus, dass Sie die Frauen heute ganz besonders im Blick haben.

Ich mache darauf aufmerksam, dass diese Anhörung live gestreamt und aufgezeichnet wird. Mit Ihrer Teilnahme erklären Sie sich einverstanden. Die Einladung zur heutigen Tagesordnung ist Ihnen mit der Nummer E 18/700 bekanntgegeben worden. Da ich keine Einwände zur Tagesordnung sehe, eröffne ich die Anhörung.

Ich begrüße alle Sachverständigen. Zugeschaltet per Video sind Herr Haase und Herr Gössl. Ich freue mich, dass Sie heute dem Ausschuss zur Verfügung stehen, um Fragen zu beantworten. Hinweisen möchte ich auf die vorab eingegangenen Stellungnahmen, für die ich mich ausdrücklich im Namen der Ausschüsse bedanke.

(Es folgen einige technische Hinweise zum Ablauf der Anhörung.)

Ich bitte um Handzeichen für die erste Fragerunde.

**Dr. Werner Pfeil (FDP):** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kollegen! Es ist nicht das erste Mal, dass wir uns mit dem Thema „Katastrophenschutz“ beschäftigen, aber das erste Mal im Europaausschuss. Ich begrüße herzlich alle Sachverständigen und bedanke mich für die zugegangenen Stellungnahmen. Ich möchte, bevor ich die Fragen stelle, kurz ein paar Sätze dazu sagen.

Das Thema „Katastrophenschutz“ ist seit ca. drei Jahren ein sehr wichtiges geworden. Es hat mit der Pandemie angefangen. Dann kam das Hochwasser. Wir hatten einen Untersuchungsausschuss nach dem Hochwasser, welche möglichen Fehler passiert sind. Wir haben gleichzeitig mit der alten Landesregierung einen 10-Punkte-Plan und einen 15-Punkte-Plan, einmal vom Innenministerium und einmal vom Umweltministerium, in Bezug auf Hochwasser erstellt. Wir hatten einen fraktionsübergreifenden Antrag mit den Grünen zum Thema „Waldschutz/Waldbrände“ um die Frage, was wir da verbessern können. Wir hatten auch entsprechende Anträge zur Bearbeitung des BHKG.

Der vorliegende Antrag, der jetzt den Europaausschuss beschäftigt, betrifft nicht nur das Thema „Katastrophenschutz“ alleine, sondern europäische Zusammenarbeit. Was müssen wir verbessern, um im europäischen Kontext im Rahmen der Katastrophenhilfe schlagkräftig zu sein, und was müssen wir verbessern, um im europäischen Kontext auf den unterschiedlichsten Gebieten auch Hilfe leisten zu können? Jetzt haben wir von Ihnen unterschiedliche Sachverständigengutachten bekommen, die jeweils aus der eigenen Perspektive beleuchtet haben, was sinnvoll wäre. Dafür bin ich sehr dankbar.

Ich möchte jetzt zwei Fragen an alle Sachverständigen stellen. Die erste: Welche Gründe sprechen gegen den Antrag, den wir hier stellen?

Ich kann auch erläutern, warum ich die Frage so stelle, nämlich weil viel Zustimmung in den schriftlichen Stellungnahmen zu erkennen war. Deswegen diese Frage: Was spricht gegen diesen Antrag?

Die zweite Frage an alle Sachverständigen: Welche Handlungsempfehlungen oder welche zentralen Maßnahmen würden Sie aus Ihrer Perspektive jeweils vorschlagen?

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Das waren zwei Fragen an alle Sachverständigen. Ich würde gleich analog hier im Raum mit Herrn Dovern anfangen, dann einmal die Reihe durchgehen und dann in den digitalen Raum schalten. Da wäre erst Herr Haase dran und abschließend Herr Gössl. Sollten wir in eine zweite Fragerunde gehen, machen wir es dann andersherum. Dann hat Herr Gössl das Wort, dann Herr Haase und dann geht es wieder rund bis Herrn Dovern. – Als Nächste hat sich für die SPD-Fraktion Kollegin Blask gemeldet.

**Inge Blask (SPD):** Auch ich darf Sie recht herzlich von der SPD-Fraktion begrüßen und danke Ihnen für die Stellungnahmen.

Werner Pfeil hat das Thema, „welche Maßnahmen wären an der Stelle sinnvoll?“, aufgegriffen. Die Frage hätte ich auch. Ich würde gerne an das Verbindungsbüro des Deutschen Roten Kreuzes die Frage stellen, aber auch an den Verband der Feuerwehren in Nordrhein-Westfalen, ob eine Vorhaltung in Nordrhein-Westfalen notwendig und denkbar sei, auch in Bezug auf die bereits geschaffenen Kapazitäten in Dresden.

Also von welchen Kriterien und Überlegungen aus müsste eine Prüfung geleistet werden? Sie haben gerade auch in Ihrem Gutachten noch mal davon gesprochen. Ich würde mich freuen, wenn Sie dazu eine Stellungnahme abgeben könnten.

**Thomas Schnelle (CDU):** Auch von unserer Seite herzlichen Dank an Sie als Sachverständige, dass Sie uns heute zur Verfügung stehen und für die eingereichten Stellungnahmen. Ich kann das, was Werner Pfeil – wir sind auch in anderen Ausschüssen oft in diesem Thema unterwegs – als Einleitung gesagt hat, nur unterstreichen. Den Untersuchungsausschuss haben wir leider noch, nicht hatten. Was man natürlich sagen muss, wenn man die Stellungnahmen sieht: Dass wir hier in Nordrhein-Westfalen schweigen würden, das sehe ich anders. Aber dazu werden wir sicherlich noch im weiteren Verlauf der Anhörung kommen.

Es sind sehr allgemeine Fragen gestellt worden. Ich habe auch eine Frage an alle Sachverständigen. Die beschäftigt sind insbesondere mit dem letzten Forderungspunkt in diesem Antrag. Hier ist vom Aufbau eigener EU-Einheiten die Rede.

Jetzt haben wir in ganz Deutschland ein besonderes System, das sich von anderen Ländern in der EU unterscheidet, dass die mit Abstand größte Säule des Katastrophenschutzes in Deutschland und Nordrhein-Westfalen ehrenamtlich geleistet wird. Das heißt, wir haben natürlich auch Hauptamt in den Feuerwehren. Aber wenn wir uns über den Katastrophenschutz unterhalten, wird der ja überwiegend im Ehrenamt geleistet. Wie würde sich das mit dem Aufbau eigener EU-Einheiten vertragen?

Wir haben in der Stellungnahme des DRK gerade seine besondere Stellung als Auxiliar erläutert bekommen, der in NRW und Deutschland in erster Linie seinen Grundsätzen verpflichtet ist. Vielleicht kann das DRK da noch mal besonders drauf eingehen. Die Frage ist: Wie würde sich der Aufbau eigener EU-Einheiten, die der EU dann wahrscheinlich unterstellt sind, mit dem System unseres ehrenamtlich organisierten Katastrophenschutzes überhaupt vereinbaren lassen?

Dann habe ich noch eine weitere Frage, die sich an den dritten Punkt zum Standort Bonn und Transport- und Logistikkapazitäten richtet. Dr. Billinger geht in seiner Stellungnahme hauptsächlich auf das Tätigwerden in der Bundesrepublik ein. Kann Nordrhein-Westfalen überhaupt hier als einzelnes Bundesland auftreten und für die Bundesrepublik für die Kapazität und Transportlogistik sorgen, oder ist das nicht eher eine Aufgabe, die der Bund übernehmen müsste? Das mag derjenige beantworten, der sich dazu berufen fühlt.

**Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE):** Einen wunderschönen guten Morgen und herzlichen Dank, dass Sie da sind und uns hier zur Verfügung stehen. Meine erste Frage würde ich an Herrn Dr. Thiebes vom Deutschen Komitee für Katastrophenvorsorge richten. Das Beste ist ja, wenn die Katastrophen gar nicht passieren. Da haben Sie in Ihrem Beitrag auch etwas zu dargestellt, auch die Bedeutung und die Kosteneffizienz im Hinblick auf präventive Maßnahmen wie angepasste Managementstrategien, Kommunikationsstrategien und Ähnliches angesprochen.

Können Sie noch mal ausführen, was für Sie wichtige Elemente sind, um Katastrophen gar nicht erst entstehen zu lassen, oder, wenn sie da sind, dass die möglichst klein sind und nicht die Dimension annehmen, wie wir sie bisher in der Vergangenheit gehabt haben?

Der andere Punkt geht wahrscheinlich am ehesten an Dr. Billing, weil er es zumindest in seiner Stellungnahme kurz erwähnt hat. Sie haben über die Bambi Buckets gesprochen. Uns würde interessieren, ob Sie Zahlen haben, wie viele in NRW bzw. in Deutschland überhaupt zur Verfügung stehen.

**Andreas Keith (AfD):** Auch von unserer Seite aus vielen Dank für die eingereichten Stellungnahmen und dafür, dass Sie uns heute Morgen für entsprechende Rückfragen zur Verfügung stehen.

Als Mitglied des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufarbeitung der Hochwasserkatastrophe in Nordrhein-Westfalen und als selbst Betroffener in Leverkusen durch die Überschwemmung der Wupper interessiert mich dieses Thema natürlich brennend. Alles, was dazu dient, Menschenleben zu retten bzw. Maßnahmen zu ergreifen, die dem Schutz der Bevölkerung dienen, ist extrem wichtig – auch auf EU-Ebene –, wenn es sinnvoll angelegt ist.

Ich habe zwei Fragen. Die erste geht an Herrn Billing. Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme: „Die Mehrzahl der mir bekannten Initiativen geht derzeit von der Bundesebene oder von gesellschaftlichen Vorfeldorganisationen im Bevölkerungsschutz aus.“ Herr Schnelle hat es kurz angerissen, dass da auch ein Satz vorkommt – auf den bin ich auch gestoßen –: „Auch wenn sich mit einigen vielversprechenden Leuchtturmprojekten allmählich ein Umdenken andeutet, verharren die für den Katastrophenschutz eigentlich federführenden Bundesländer, und damit auch NRW, noch auffallend im Hintergrund.“

Was mich da interessiert: Gerade im Hinblick auf die Flutkatastrophe, die wir hatten, müsste Nordrhein-Westfalen eigentlich vorangehen und geradezu die Initiative ergreifen und sagen: Wir sind hier in Nordrhein-Westfalen besonders gefährdet durch die Kerbtäler oder durch große Waldbestände. Warum Nordrhein-Westfalen sich selbst so im Hintergrund hält, wäre die erste Frage.

Dann hätte ich eine Frage an alle. Wo sehen Sie die Prioritäten beim Katastrophenschutz in Deutschland, insbesondere im Hinblick auf die Fehler beim Hochwasser in Nordrhein-Westfalen, aber auch im Ahrtal? Sollte nicht erst der Katastrophenschutz vor Ort vorangehen? Es ist immer wieder bei uns im PUA angesprochen worden, ob es nicht besser wäre, vor Ort kommunale Strukturen zu stärken und dann praktisch von unten nach oben arbeitend eine Vernetzung herbeizuführen.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Vielen Dank, Herr Keith. – Dann sind wir am Ende der ersten Fragerunde und kommen zur ersten Antwortrunde der Sachverständigen.

**Andreas Dovern (StädteRegion Aachen, Amt für Brandschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz, A 38):** Vielen Dank für die Einladung. Ich habe als erste Frage notiert von Herrn Pfeil von der FDP, Gründe, die gegen diesen Antrag sprechen. Zunächst mal: überhaupt nichts.

Aus der Praxis, also aus der kommunalen Familie heraus glaube ich allerdings schon sagen zu dürfen, dass es Sinn macht, sich über Maßnahmen zu unterhalten, die die EU-Partner unterstützen. Beispielsweise haben wir in der Städteregion Aachen mit dem EMRIC-Projekt in diesem Jahr seit zehn Jahren eine Vereinbarung zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit nicht nur in der Medizin, sondern auch in der überörtlichen Hilfeleistung für den Brandschutz und für den Katastrophenschutz. Ich begrüße das ausdrücklich und lade Sie gerne dazu ein, sich dieses Thema bei uns vor Ort einmal anzuschauen.

Allerdings, und das ist jetzt vielleicht etwas überspitzt, würde ich tatsächlich dringend vorschlagen, dass wir zunächst dafür sorgen, dass unsere Katastrophenschutzlein-

heiten mit ihren Fahrzeugen auch die Grenze erreichen, bevor wir über die Grenze fahren können. Denn ganz klar ist, dass wir zunächst ganz viel Aufbauarbeit zunächst zu leisten haben, insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass – Herr Schnelle hat es eben richtigerweise schon gesagt – der Katastrophenschutz in Deutschland im Wesentlichen ehrenamtlich geprägt ist.

Für Nordrhein-Westfalen kann man sagen, dass das Ehrenamt schon unter der Erfüllung der Pflichtaufgabe nach Weisung – also die eigentlichen, originären Aufgaben – ächzt. Die Finanzierung nicht nur bei den Feuerwehren, sondern auch bei den Hilfsorganisationen steht mehr als auf der Kippe steht.

Wenn wir uns vielleicht noch dran erinnern: In der Anhörung für das BHKG hatten wir vor einigen Wochen das Thema schon mal, wo es darum geht, dass es bei Hilfsorganisationen, die uns in der täglichen Arbeit der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr oder in solchen Extremsituationen wie dem Hochwasser unterstützen – nehmen wir zum Beispiel die DLRG, die sich rein aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen finanziert –, von enormer Bedeutung ist – losgelöst von der Frage, ob man nicht in Parallelstrukturen schon die ersten Einheiten zusammen aufbauen kann, wie wir das zum Beispiel mit dem Waldbrandbekämpfungsmodul schon haben, das letztes Jahr über viele Wochen auch im Ausland im Einsatz war mit Kräften aus Düsseldorf und Ratingen –, dass wir schauen, dass wir diese Grundlagenarbeit für den Katastrophenschutz dringend schaffen. Aber vom Grundsatz her, um Ihre Frage im Kern zu beantworten, spricht erst mal nichts gegen den Antrag.

Dann haben Sie gefragt, welche zentralen Maßnahmen dafür erforderlich sind. Da bleibe ich dabei mit der Erfahrung aus EMRIC: Wir müssen verknüpfen, wir müssen Verbindungen schaffen, und wir müssen Verständnis für das jeweils andere Land, für deren Technik, für deren Taktik mit nicht EU-weit standardisierten Techniken und Taktiken zur Gefahrenabwehr schaffen. Wir brauchen dann sicherlich auch klare Unterstellungsverhältnisse, denn einfach nur das Entsenden von Kräften in andere Länder ohne eine klare Zuständigkeit, ohne kurze Alarmierungswege halte ich schon für sehr bedenklich.

Da möchte ich zumindest auch aus der Praxis heraus Beispiele geben, die wir auch in der Flutkatastrophe 2021 sicherlich hatten. Ich habe selbst in der Flut 2021 für die Stadt Stolberg die Gefahrenabwehrmaßnahmen geleitet. Ich kann Ihnen sagen: Um Hubschrauber von der Bundeswehr zu bekommen, die nur in Niedersachsen stationiert waren und die von uns angefordert werden mussten, hat es zwei Tage gedauert, bis die bei uns tatsächlich im Einsatz waren. Die kamen dann auch in großer Menge, aber es hat eben gedauert.

Und das ist etwas, wo ich dringend dafür werbe und appelliere, nicht nur die finanziellen Mittel dafür bereitzustellen – denn das Ehrenamt ist sicherlich gewillt, daran auch mitzuarbeiten –, sondern – ich bin davon fest überzeugt – insbesondere im Ehrenamt das Signal zu setzen: Wir haben euch gehört, wir verstehen eure Probleme, und wir bauen erst mal uns hier auf. Und parallel dazu denken wir darüber nach, wie wir künftig in der EU helfen.

**Wilfried Rheinfelder (Verbindungsbüro des Deutschen Roten Kreuzes bei Landtag und Landesregierung von NRW):** Vielen Dank für die Möglichkeit, hier unsere Stellungnahme zu erläutern. Ich würde den Versuch unternehmen, die gestellten Fragen im Zusammenhang zu beantworten.

Zunächst einmal ist es so, dass wir als Deutsches Rotes Kreuz seit Jahrzehnten sowohl national als auch international, insbesondere auch im Aufgabenfeld der humanitären Hilfe, in ein Hilfeleistungssystem eingebunden sind. Auf der nationalen Ebene dürfte bekannt sein, dass wir intensiv mit den klassischen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben zusammenarbeiten. Aber auch – das hat sich insbesondere in der zurückliegenden Coronapandemie gezeigt – mit den mitwirkenden Einrichtungen und Institutionen im Bereich des Gesundheitssystems gibt es eine sehr enge Zusammenarbeit.

Im internationalen Kontext, mit dem Thema sind wir gerade unterwegs, ist die humanitäre Hilfe einer der Grundpfeiler unserer Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung. Das Rote Kreuz bzw. der Rote Halbmond ist in 191 Ländern oder Staaten dieser Erde mit über 13 Millionen freiwilligen Helfenden im Thema humanitäre Hilfe unterwegs. Was wir feststellen, und das wird uns auch in Europa zunehmend beschäftigen: Mehr als 80 % der weltweiten Katastrophenhilfe von Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften stehen dabei mittlerweile in Zusammenhang mit Extremwetterereignissen. Das heißt, diese Extremwetterereignisse sind ein Fokus, auf den wir uns auch ausrichten sollten.

Humanitäre Hilfe kennt keine Grenzen. So sind wir als Deutsches Rotes Kreuz zurzeit auch in 40 Ländern dieser Erde unterwegs, aktuell noch – um nur zwei Beispiele zu nennen – in Marokko, wo wir nach dem Erdbeben im letzten Jahr sehr stark mit der Winterhilfe unterwegs sind, um die betroffenen Menschen dort zu unterstützen. Das passiert in einem festgelegten Verfahren. Das heißt, wir sind eigentlich immer schon vor Ort, weil die nationale Rothalbmond- oder Rotkreuz-Gesellschaft vor Ort schon tätig ist. Das DRK unterstützt immer auf Bitten der Schwestergesellschaft.

Das heißt, es wird der Bedarf vor Ort gemeinsam mit der betroffenen Rotkreuz-Gesellschaft ermittelt und dann da, wo die dringendsten Bedürfnisse sind, Hilfe geleistet, und das auch gezielt und schnell. Wir sind auch nach der Katastrophe in der Regel da, weil der Wiederaufbau und die Stärkung der Resilienz der Bevölkerung ein sehr starker Anteil in unserer Arbeit ist.

Zweites Beispiel, Erdbeben Türkei und Syrien im letzten Jahr: Da sind wir mit wichtigen Gütern wie Zelten, Decken, Hygienesets und der Verpflegung von 800.000 Menschen tätig geworden, indem wir diese Hilfsgüter dorthin geschafft haben, letztlich organisiert und durchgeführt von der Rotkreuz- bzw. Rothalbmond-Gesellschaft vor Ort.

Was will ich damit sagen? Unser Vorteil, wenn Sie so wollen, ist, dass die nationale Rotkreuz-Gesellschaft oder Rothalbmond-Gesellschaft in den jeweiligen Staaten bereits vor Ort ist. Wir haben auf internationaler Ebene die Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften, die das nach einem strikten Verfahren – da gibt es ein Abkommen zu, das Abkommen von Sevilla – organisiert und auch Führungsrollen für



eine solche Aktion definiert, um letztlich auch Überschneidungen oder Doppelarbeiten zu vermeiden.

Das Rote Kreuz in Deutschland gehört neben dem Amerikanischen, dem Britischen Roten Kreuz und den Hilfsgesellschaften in Schweden und Norwegen zu den fünf stärksten, aktivsten nationalen Gesellschaften im internationalen Bereich. Jetzt ist in unserer Stellungnahme vielleicht ein bisschen an Bedenken durchgeschienen. Ich möchte gerne kurz erläutern, warum wir diese Bedenken positiv kritisch angemerkt haben.

Das Deutsche Rote Kreuz ist anerkannte Rotkreuz-Gesellschaft hier in der Bundesrepublik Deutschland und Hilfsgesellschaft der deutschen Behörden im humanitären Bereich. Das bedeutet, wir haben eine bestimmte Rechtsstellung, die sich zum einen durch das DRK-Gesetz aus dem Jahre 2008 manifestiert, das insbesondere auf die völkerrechtliche Stellung abzielt, die das Rote Kreuz durch die Anerkennung durch die Bundesrepublik Deutschland erfahren hat. Das heißt, nach unserem Standpunkt unterscheiden wir uns deutlich in unserer Rolle von anderen Hilfsorganisationen, Verbänden oder NGOs, weil wir in besonderer Weise die Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland für uns übernommen haben, das humanitäre Völkerrecht zu beachten.

Das ist auch – danke, Herr Dr. Lüder, für den Hinweis – in den 191 anderen Staaten so, wo es eine Rotkreuz- oder Rothalbmond-Gesellschaft gibt. Das heißt, wir befinden uns da in einem klar geregelten Verhältnis zwischen Staat und Regierung auf der einen Seite und den nationalen Rotkreuz-Gesellschaften. Die damit verbundenen Rechte muss das DRK beachten, das heißt insbesondere die Prinzipien der humanitären Hilfe und speziell die Grundsätze der internationalen Bewegung von Rotkreuz und Rothalbmond. Um nur einige zu nennen: Menschlichkeit, Neutralität, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit. Diese Grundsätze gelten für uns auch bei der Beteiligung am europäischen Verfahren.

Das europäische Katastrophenschutzverfahren stellt sich für uns dadurch da, dass es als solches im Prinzip nicht an diese Grundsätze der humanitären Hilfe gebunden ist, unabhängig davon – ich denke, da wird Herr Billing gleich auch noch was zu sagen –, dass es sie beachtet. Bei Operationen im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens sind die Akteure deshalb grundsätzlich nicht an die strengen, quasi politischen Vorgaben der humanitären Hilfe gebunden.

Es wird jedoch schwierig – in dem Rahmen kriegen wir das heute auch nicht hin –, die Einzelfälle aufzuzählen, in denen konkrete Aufgaben, Funktionen und Leistungen beschrieben werden, was jetzt humanitärer Auftrag ist und was nicht humanitärer Auftrag ist. Das kann man sich nur im Einzelfall angucken. Aber es gibt konkrete Einzelfälle, wo wir als Rotes Kreuz aktiv mitarbeiten.

Einen davon haben wir in unserer Stellungnahme auch erwähnt. Das ist die Beteiligung des DRKs am rescEU Medical Stockpile, also der Vorhaltung für Material, das persönlicher Schutzausrüstung in medizinischen Notlagen dient. Wir unterhalten ein solches Lager bereits auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, und zwar in Dresden. Wir verfügen als DRK über die notwendige Erfahrung in der Beschaffung solcher medi-

zinischer Schutzausrüstung. Das haben wir bei Covid gezeigt, das haben wir aber auch beim Ebola-Einsatz in Afrika vor einigen Jahren gezeigt.

Das heißt, wir sind Partner der Behörden in diesem Bereich. Wir unterstützen daher grundsätzlich das Ansinnen, diese Partnerschaft im europäischen Bereich weiter zu festigen und auszubauen. Ich wollte mit diesem Exkurs deutlich machen, dass wir als Rotes Kreuz vor einer Herausforderung stehen, weil wir als Auxiliar der Behörden im humanitären Bereich, auch im Falle der Beteiligung am europäischen Verfahren und als Akteur im humanitären Bereich aus dem eigenen Mandat heraus unterscheiden müssen. Wir müssen in beiden Operationstypen immer danach gucken, dass die Definitionen, die für uns gelten, auch beachtet werden.

Das ist eine Schwierigkeit, die wir gerne angehen, auch im Kontext der Überlegungen, die hier heute Thema sind, die wir aber im Auge behalten müssen. Das heißt, es bedarf der Sorgfalt, hier zu gucken, insbesondere auch was die Standards für die humanitäre Arbeit, aber auch andere Dinge wie Safety and Security angeht.

Abschließend denke ich, der Klimawandel und die Wetterextreme, die wir auch täglich vor Augen haben, sind unausweichlich. Wir werden in Europa verstärkt mit Waldbränden, mit Stürmen, mit Hochwässern, aber auch mit Hitzeperioden zu tun haben. Die Extreme werden extremer werden, und die extremen Events werden auch häufiger werden. Das heißt, wir sprechen uns für die Stärkung eines deutschen Profils im Katastrophenschutz der Europäischen Union aus. Wir denken aber, dass dies durch konsequente Ausrichtung auf die Stärken der unterschiedlichen Akteure im Bevölkerungsschutz Rücksicht nehmen sollte.

Wir brauchen auch eine stärkere Vernetzung. Wir sollten diese Ziele, die wir verfolgen, auch gemeinsam definieren. Wir sind bereit, daran mitzugestalten und Lösungen zu finden. Ob das in Nordrhein-Westfalen auch eine Vorhaltung sein kann, wie ich sie im Bereich Sachsen beschrieben habe, sollte Gegenstand der Prüfung sein. Wir haben zumindest aus den Erfahrungen der Covid-19-Pandemie, aber auch aus der Flüchtlingsnothilfe 2015/2016 lernen müssen, dass insbesondere die Bevorratung von Engpassressourcen im Vorfeld sehr sinnvoll sein kann, weil, wenn Lagen eingetreten sind, es dann sehr häufig auf dem Markt zu Schwierigkeiten führt, diese zu beschaffen.

Die letzte Frage, die ich auch noch gerne aufgreifen würde, war die Frage nach den Prioritäten bzw. nach dem Thema: „Wo sollten wir genauer hingucken?“ Ich denke, Prävention ist das Gebot der Stunde. Das heißt, wir sollten wirklich schauen, was wir präventiv zur Abminderung von solchen Ereignissen tun können. Da gibt es sehr viele Ansätze, die auch bekannt sind: Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung stärken. Speziell wir im DRK versuchen im Moment, das Thema „vorausschauender Bevölkerungsschutz“ zu aktivieren. Das heißt, die Möglichkeiten, die Wettervorhersagen oder sonstige wissenschaftliche Vorhersagen haben, zu nutzen, um vor die Lage zu kommen.

Das ist eine Möglichkeit, die wir mit Partnerorganisationen im Ausland, da, wo sehr häufig solche Ereignisse stattfinden, schon sehr erfolgreich nutzen. Vorratslager im Vorfeld anlegen, Personal, wenn gewisse Schwellenwerte überschritten sind, im Vorfeld aktivieren. Ich glaube, dass wir das, was an Präventionsmöglichkeiten da ist, noch

sehr viel deutlicher aktivieren sollten. Aber natürlich dürfen wir den abwehrenden Katastrophenschutz nicht vernachlässigen.

**Dr. Sascha Rolf Lüder (Verbindungsbüro des Deutschen Roten Kreuzes bei Landtag und Landesregierung von NRW):** Ich springe jetzt noch mal zurück zu den Ausführungen von Herrn Dovern. Ich erinnere mich in diesem Zusammenhang an die letzte Novelle des Gesetzes über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz hier im Landtag, 2015 war das. Ich erinnere mich, dass im weiteren Verlauf des parlamentarischen Beratungsverfahrens ein Änderungsantrag der damaligen größten Oppositionsfraktion, der CDU, eingebracht worden ist, wo eine kaskadenhafte Überlegung von Zuständigkeiten ins Spiel gebracht worden ist, die zumindest teilweise ihren Niederschlag im jetzt gültigen Gesetz gefunden haben, aber noch nicht abschließend.

Ich greife an der Stelle das auf, was Herr Dovern ansprach, als er vom Katastrophenschutz als kommunaler Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung sprach: Man darf nie vergessen, dass der Aufwuchs am Ende vor Ort beginnt, bei den Feuerwehren, in den Gemeinden, im kreisangehörigen Raum, also am Ende auf der unteren Katastrophenschutzebene der Kreise und kreisfreien Städte. Und wenn wir über Ehrenamt sprechen, dann ist in der Tat auch das die tragende Säule des Katastrophenschutzes; nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern auch in den anderen 15 Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland. Das darf man nie vergessen, wenn man über Funktionsfähigkeit von Katastrophenschutzstrukturen spricht.

Dann ist eine seit Jahrhunderten bewährte Versäulung des Systems, dass der Zivilbevölkerungsschutz in Deutschland vom Ehrenamt, in Feuerwehren und in anerkannten Hilfsorganisationen getragen wird. Und das baut sich von der gemeindlichen Ebene auf über die verschiedenen weiteren Verwaltungsstufen bis am Ende auch über internationale Strukturen, wie beispielsweise den hier zur Diskussion stehenden Mechanismus der Europäischen Union. Das muss man mitberücksichtigen, weil man am Ende in diesem System die Frage stellen muss: Wo kommen eigentlich die Einsatzkräfte, wo kommen die Helferinnen und Helfer her?

Auch die Helferinnen und Helfer, von denen Herr Rheinfelder vorhin sprach in unseren Auslandseinsätzen: Das ist beispielsweise der Bäckermeister oder, zum Beispiel bei meinen Schwiegereltern, der Schornsteinfeger. Der ist dann auch im Auslandseinsatz. Und die kommen aus der Mitte der Gesellschaft, so wie Ehrenamt funktioniert. Insoweit muss man das immer in der bewährten Struktur von Katastrophenschutzarbeit und Mechanismen in Deutschland mitbetrachten.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Dann kommen wir jetzt zu Herrn Dr. Billing. Herr Billing war bis August 2022 Referatsleiter für Sicherheit und Situationsanalyse sowie Stellvertretender Direktor für Katastrophenmanagement in der Generaldirektion für Europäischen Katastrophenschutz und humanitäre Hilfe der Europäischen Kommission. Seit seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst ist er in beratender Funktion für verschiedene Akteure im Bereich Katastrophenschutz im In- und Ausland tätig. Seit 2013 ist er auch Lehrbeauftragter im Masterstudiengang Katastrophenvorsorge und -manage-

ment an der Universität Bonn und vertritt hier seine persönliche Meinung. Bitte schön, Sie haben das Wort.

**Dr. Peter Billing:** Zunächst einmal herzlichen Dank für die Einladung und für die Anberaumung dieses wichtigen Gespräches. Der Katastrophenschutz, wie aus meiner Biografie hervorgeht, ist eines meiner Herzensanliegen. Insofern habe ich die Einladung zu diesem Gespräch heute gerne angenommen.

Zu den verschiedenen Fragestellungen der Abgeordneten möchte ich wie folgt Stellung nehmen: Zunächst einmal die Frage, welche Gründe gegen den Antrag sprechen. Ich weiß nicht genau, wie ernst Sie das gemeint haben, aber es ist ein schöner Aufhänger. Es sprechen natürlich keine Gründe gegen diesen Antrag. Ich habe das auch in meiner Stellungnahme dargelegt. Das Grundanliegen des Antrags, die Stärkung des europäischen Katastrophenschutzes, wird nachdrücklich von mir unterstützt.

Natürlich kann man sich über die Details unterhalten. Ich denke, der Antrag hätte vielleicht etwas breiter aufgestellt werden können. Es gibt im europäischen Katastrophenschutz eine ganze Reihe von Instrumenten und Maßnahmen, die getroffen werden können, wo es finanzielle Förderungen gibt, wo es Ausbildungen, Übungen usw. gibt. Insofern wäre es sicherlich hilfreich, das noch mal im Detail nachzuprüfen.

Dann zu der Frage der zentralen Maßnahmen, da bin ich ganz d'accord mit den Vorrednern: Bei der Diskussion über den europäischen Katastrophenschutz wird oft übersehen, dass hier nicht nur von der Kommission oder Brüssel die Rede sein kann, sondern hier sind alle in der Verantwortung, die Mitgliedstaaten und die Kommission auf allen Ebenen. Der europäische Katastrophenschutz ist deshalb als Gesamtheit zu sehen. Deshalb würde ich hier vier Vorschläge unterbreiten.

Zum einen, das klang ja auch schon an, die Stärkung der Prävention: Die beste Katastrophe ist die, die nicht stattfindet. Und das muss vorwiegend in den Mitgliedsstaaten stattfinden, auf allen Ebenen, von der kommunalen Ebene über die Länderebene bis hin zum Bund. Hier sind Stichworte zu nennen wie Raumplanung, Raumordnung auf der Basis von Risikoanalysen, Dinge wie Rückhaltebecken, Warnsysteme – das hat man ja auch im Ahrtal gesehen –, da gab es große Defizite. Die Schulungen nicht nur der Ehrenamtlichen – natürlich sehr stark der Ehrenamtlichen –, aber im Grunde fängt ja der Bevölkerungsschutz bei sich selber an, der Selbstschutz, auch das: Schulungen in den verschiedenen Ausbildungselementen.

Ich bin seit zehn Jahren Lehrbeauftragter an der Uni Bonn. Wir haben vor Kurzem ein neues Projekt auf europäischer Ebene mit sieben anderen Universitäten initiiert, wo das Wissen über die Ländergrenzen hinweg ausgetauscht wird. Es wurde die Verschlinkung von Entscheidungs- und Koordinierungsverfahren auf nationaler, aber auch auf europäischer Ebene angesprochen, dann ganz allgemein die adäquate Ausstattung der Träger des Bevölkerungsschutzes mit Personal- und Einsatzmitteln. Und da ist natürlich auch das Ehrenamt im Vordergrund zu sehen. Das Ehrenamt muss attraktiver werden. Das ist die eine Ebene.

Die zweite Ebene wäre auf nationaler und EU-Seite der weitere Aufbau und die Vorkhaltung von Einsatzkapazitäten. Das ist seit 2019 in vollem Gange auf nationaler

Ebene. Ich denke, ich sage hier nichts Falsches: Wir sind alle auf dem falschen Fuß erwischt worden mit Covid. Es ist eine der wichtigsten Lehren, die wir daraus ziehen können, dass man auf solche Großkatastrophen und Großschadenslagen auf allen Ebenen viel besser vorbereitet sein muss.

Über die europäische Ebene können wir Effizienzgewinne durch die gemeinsame Anschaffung von Kapazitäten erzielen, die zum einen sehr teuer sind und zum anderen nur bei echten Großschadenslagen zum Einsatz kommen. Wir sprechen hier nicht über Waldbrände auf europäischer Ebene mit 6 ha, sondern, wenn Sie die Statistiken anschauen, so sind in den vergangenen Jahren durchschnittlich 500.000 ha mit steigender Tendenz verbrannt. Hier geht es wirklich um Großschadenslagen. Die europäische Union wird nicht tätig bei kleineren Dingen.

Dann natürlich die weitere Stärkung der europäischen Einsatzkapazitäten. In dem Antrag werden rescEU und ECPP angesprochen – das ist ein System, das aufeinander aufbaut, auf der Basis in den nationalen Einsatzkapazitäten, die da sind, die gestärkt werden müssen, und darauf aufbauend diese Kapazitäten aus dem europäischen Pool mit dem Ziel, die Hilfe aus dem Ausland vorhersehbarer zu machen, qualitativ hochwertig auszustatten und schneller zum Einsatz zu bringen. Ich denke, die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, dass wir hier auf gutem Wege sind.

Vielleicht noch als vierten und letzten Punkt zu diesem allgemeinen Kontext: Es wurde hier auch die Frage der Vernetzung angesprochen. Die Frage der Vernetzung ist extrem wichtig. Bei der Vernetzung der verschiedenen Entscheidungsebenen haben sich in letzter Zeit neue Elemente ergeben. Ich möchte hier die EU-Kompetenzstelle anführen, die im BBK eingerichtet wurde. Minister Reul hat in einer seiner Stellungnahmen auch dazu etwas gesagt. Es ist ganz wichtig, dass wir hier zu einer kooperativeren Zusammenarbeit der verschiedenen Ebenen gelangen.

So weit zum Allgemeinen. Um dann auf einzelne Fragestellungen vielleicht noch kurz einzugehen: Ehrenamt und europäische Einsätze. Es ist sicherlich einfacher, diese Einsätze im Rahmen des Gemeinschaftsverfahrens mit professionellen hauptamtlichen Kräften durchzuführen. Es steht dem aber nichts entgegen, dass hier auch sehr viele Ehrenamtliche zum Einsatz kommen. Ein paar Beispiele sind genannt worden. Ich habe viel Erfahrung gehabt mit Kollegen vom THW, die Verbände aufgebaut haben, die auch im Gemeinschaftsverfahren registriert sind und die auch mit Ehrenamtlichen laufen. Und da möchte ich noch mal drauf zurückkommen: Die Attraktivität des Ehrenamtes muss weiter gestärkt werden. Es muss möglich sein, dass der Bäckermeister oder der IT-Ingenieur oder wer auch immer tatsächlich zwei Wochen freibekommt und dafür auch keine beruflichen Nachteile in Kauf nehmen muss. Insofern denke ich, das eine schließt das andere nicht aus. Und, wie gesagt, man muss hier das Ehrenamt weiter stärken.

Dann zum Thema „Logistikstandort Bonn“. Kann NRW als Bundesland hier auftreten? Das müsste im Detail stärker geprüft werden. Die Einheiten, die bislang im europäischen Pool oder in rescEU gemeldet wurden, sind überwiegend Einheiten, die von der Bundesebene kommen, vom THW-Bundesverband zum Beispiel. Es gibt jetzt einige neue Entwicklungen seit letztem Jahr: Zwei Feuerlöschflugzeuge in Niedersachsen, es gibt das NRW-Modul, das ECPP-Modul. Insofern, denke ich, könnte da auch mehr

kommen. Nach meiner Kenntnis gibt es auch einige andere Bundesländer, die Feuerwehrmodule aufbauen, in Niedersachsen, in Bayern. Ich kann Ihnen dazu nichts Genaueres sagen. Das müsste man dann mit den jeweiligen Stellen vor Ort abfragen.

Insofern, es geht auch auf Bundesländerebene. Was aber wichtig ist, ist diese Kooperation, der kooperative Föderalismus. Es geht nicht ohne die Bundesebene. Zum Beispiel werden die Löschflugzeuge in Niedersachsen teilweise auch vom Bund mitfinanziert. Das ist also eine Mischfinanzierung. 75 % kommen aus der EU, und die restlichen 25 % werden von nationalen Stellen und von Niedersachsen abgedeckt.

Dann zur Frage – das geht jetzt ein bisschen auf Ihre Frage ein – nach dem Modul. Wie stellt sich Nordrhein-Westfalen dazu auf? Von den Einheiten, die bisher im Pool sind, wie gesagt, sind die meisten von der Bundesebene eingemeldet. Das einzige Ländermodul derzeit im ECPP kommt aus Nordrhein-Westfalen. Insofern kann man nicht sagen, dass Nordrhein-Westfalen untätig wäre. Die Frage stellt sich aber, ob Nordrhein-Westfalen als großes Bundesland nicht mehr tun könnte. Da, denke ich, könnte man sicher darüber nachdenken, in welche Richtung man mehr tun könnte. Ich habe einige Vorschläge hier unterbreitet. Da muss man sehen, wie sich das umsetzen lässt.

Zu den Bambi Buckets: Ich kann Ihnen keine Zahlen geben, wie viele auf Bundesebene zur Verfügung stehen. Ich habe aber einer der früheren Stellungnahmen entnommen, dass von sechs Polizeihubschraubern in Nordrhein-Westfalen bisher nur drei mit Bambi Buckets ausgestattet sind. Auch hier wäre die Möglichkeit, mit relativ wenig Aufwand einen großen Schritt nach vorne zu tun.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Wir komme zur Herrn Dr. Thiebes. – Herr Dr. Thiebes ist seit 2018 Geschäftsführer des Deutschen Komitees Katastrophenvorsorge. Das DKKV besteht als Plattform und Dachverband für Institutionen und Expertinnen und Experten im Bereich Katastrophenrisikomanagement seit über 30 Jahren und stellt unter anderem das Sekretariat des „Bonner Netzwerks internationaler Katastrophenschutz- und Risikomanagement“, zu dem auch das DHL GoHelp-Programm gehört, ansässig in Bonn. – Sie haben das Wort, bitte schön.

**Dr. Benni Thiebes (Deutsches Komitee Katastrophenvorsorge):** Vielen Dank. Guten Morgen auch von meiner Seite. Ich freue mich sehr, hier zu sein. Ich versuche, alle Fragen einmal durchzugehen. Die erste Frage war, welche Gründe gegen den Antrag sprechen. Ich muss sagen: Grundsätzlich spricht erst mal nichts gegen diesen Antrag. Mir war nur vieles etwas unklar, als ich ihn gelesen habe.

Der Titel suggeriert, dass es darum geht, den europäischen Katastrophenschutz zu stärken. Dann wird aber sehr viel über die Waldbrandsituation in Deutschland gesprochen, um am Ende Logistikkapazität vorzuschlagen. Mir war nicht so ganz klar, wohin dieser Antrag nun wirklich will. Geht es darum, sich mit Waldbränden in Deutschland zu beschäftigen? Dann gibt es einige Möglichkeiten, die man da zur Hand hätte. Die werde ich gleich noch für die Frage der Fraktion der Grünen kurz ansprechen.

Geht es darum, den europäischen Katastrophenschutz zu stärken? Dann, würde ich sagen, ist es mein Grundverständnis, dass man keine neuen Einheiten aufbaut, nur um sie dem EU-Katastrophenschutzmechanismus zur Verfügung zu stellen. Mein Grundverständnis von Mechanismus ist: Wenn man in einem Land eine bestimmte Kapazität hat, bestimmte Fähigkeiten hat, dann bietet man sie auch dem Pool an. Das heißt, man baut sie erst auf. Wenn man etwas sehr gut kann, Experte und Expertin in einem Bereich ist, dann bietet man sie halt auch dem Pool an.

Beim Thema „Logistik“, was am Ende aufgeworfen wird, ist für mich fraglich, ob wir das brauchen. Ich habe da ein paar Gespräche geführt. Man müsste es mal durchrechnen, ob sich eine solche Logistikkapazität lohnen würde. Grundsätzlich ist es so, dass bereits jetzt der Flughafen in Köln-Bonn für internationale Einsätze genutzt wird, unter anderem vom THW und anderen Hilfsorganisationen. Die chartern dann Flugzeuge. Ob es günstiger ist, dort ein betanktes Flugzeug mit Piloten oder Pilotinnen hinzustellen, das dann hin und wieder selbst zu nutzen oder dem EU-Mechanismus zur Verfügung zu stellen, das müsste man mal durchrechnen. Ich habe da aber so meine Zweifel. Mir wurde zumindest nicht vom THW, mit dem ich gesprochen habe, zurückgemeldet, es wäre eine dringende Notwendigkeit, ständig ein startbereites Flugzeug da zu haben. Von daher bin ich da etwas skeptisch.

Daneben gab es noch die andere Forderung, dass wir genauso viele Einheiten aufstellen wie Frankreich. Da bin ich auch skeptisch. Es geht ja nicht um einen Wettstreit der Nationen. Wir versuchen nicht, besser zu sein als andere Mitgliedsstaaten. Man kann auch eine Einheit, ein Modul nicht mit dem anderen aufwiegen, weil die einfach sehr unterschiedlich sind. Darum geht es nicht. Das Grundverständnis sollte sein: Wenn wir etwas besonders gut können, dann bieten wir das unseren Partnern in Europa gerne an.

Dann war die zweite Frage von der FDP-Fraktion nach konkreten Handlungsempfehlungen. Da kann ich mich nur dem anschließen, was sowieso schon gesagt wurde: Natürlich sollten wir Prävention in den Vordergrund stellen. Es ist in Dutzenden Studien immer wieder aufgezeigt worden, dass es sehr viel günstiger ist, Geld in die Prävention als in die Bewältigung und Nachbereitung von Katastrophen zu stecken. Das wurde schon mehrfach gesagt.

Da geht es mir insbesondere darum, eine bessere Risikokommunikation und insgesamt eine gesellschaftliche Resilienz zu erzeugen, indem wir eine Risikokultur entwickeln, dass wir mit Risiken umgehen können und nicht unsere Augen davor verschließen, was ich gesamtgesellschaftlich oft feststelle. Wir haben so eine „Vollkaskotalität“, was die eigene Vorsorge und Selbsthilfe ein bisschen aushebelt.

Daneben sehe ich genauso, wie es Peter Billing gerade gesagt hat, Vernetzung, Wissenstransfer sowohl innerhalb von Deutschland – das ist das, was ich in meinem Job halt mache –, aber auch über nationale Grenzen hinweg. Es wäre großartig, wenn wir den Austausch von Good und Best Practices noch verstärken könnten.

Natürlich würde ich mir auch wünschen, dass Risikoanalysen, die erstellt werden, und Risiken auch ernstgenommen werden. Es kam vorhin kurz in dem Kommentar, Covid hätte uns alle so überrascht – wir wissen alle, dass es eine Risikoanalyse davor gab,

die ganz klare Forderungen gestellt hat. Die wurde einfach nicht beachtet, weil das Thema vielleicht einfach nicht sexy ist. Man redet nicht gerne darüber. Das ist vielleicht kein Thema, mit dem man in der Politik einen Blumenstrauß oder Wähler\*innenstimmen gewinnen kann.

Dann kommen wir zu den Fragen der CDU-Fraktion, wie sich der Aufbau eigener Einheiten mit dem Ehrenamt verträgt. Das ist bereits gelebte Praxis. Wir haben beim THW die SEEBE-Einheiten (Schnell-Einsatz-Einheit Bergung Ausland) und SEEWA-Einheiten (Schnell-Einsatz-Einheit Wasser Ausland). Es ist gang und gäbe, dass das passiert. Da sehe ich überhaupt keine Hindernisse. Das funktioniert bereits.

Bonn und die Logistikkapazität, kann das ein Bundesland machen? – Ja, kann es, würde ich sagen. Wir sehen bereits, dass wir mit diesem Waldbrandmodul ein NRW-Modul aufgestellt haben. Warum sollte das nicht für Logistik möglich sein? Die Frage, ob es sinnvoll ist, ob wir es in Deutschland brauchen, sollte da die erste Frage sein. Das geht auch schon in die Richtung der Frage, die von der AfD-Fraktion kam: Ja, ich denke, wir sollten uns erst einmal auf den Katastrophenschutz im Land konzentrieren und dann, wenn wir besonders gut in etwas sind, das anbieten.

Dann hatten wir noch die Frage nach Präventionsmaßnahmen. Wie können wir besser mit Waldbrandrisiken umgehen? Das kam von der Fraktion der Grünen. Darüber könnte man natürlich sehr viel reden. Es gibt viele unterschiedliche Aspekte, die wir da ansprechen könnten. Grundsätzlich sollten wir Waldbrand nicht als reines Feuerwehrthema betrachten. Es geht nicht nur darum, dass es da um das reine Löschen geht. Wir können durch einen klimaresilienten Wald und Waldbewirtschaftung und mit einer Kooperation zwischen Feuerwehr, Forstwirtschaft und Landwirtschaft deutlich besser unsere Ressourcen managen und dafür sorgen, dass Waldbrände nicht entstehen oder nicht so häufig entstehen.

Sie können vielleicht dadurch einfach schneller gelöscht werden, zum Beispiel durch dieses Freiburger Modell, was vom Global Fire Monitoring Center in Freiburg vertreten wird. Da arbeitet man zusammen, und die Ausbildung von Feuerwehrleuten findet gemeinsam mit den Leuten der Forstwirtschaft statt, sodass die auch einen Ersteingriff bei Waldbränden machen können. Das läuft nicht über große Module, wie wir das jetzt mit dem Modul zu Vehicles haben, also das, was wir in Bonn, Königswinter, Ratingen haben, sondern das wird nach den internationalen Standards der Waldbrandbekämpfung gemacht, wo man mit dem Tankrucksack oder sonst mit einer Schaufel, einer Hacke in den Wald geht und so die Feuer löscht, Gegenfeuer legt ... Das sind alles Aspekte, die in der Feuerwehrausbildung bislang nicht stark berücksichtigt werden.

Wir haben natürlich mit @fire eine Institution in Deutschland, die das bereits tut, die auch in internationalen Einsätzen aktiv ist. Ich glaube, dass wir von denen sehr viel lernen können.

Wichtig ist mir noch zu sagen – das ist gerade in dem Kommentar von der AfD-Fraktion gekommen –, es wurde gerade noch gestoppt, das Wort „Naturkatastrophe“. Das ist das, wo ich immer meinen Mitarbeitenden sage: Wenn ihr das sagt, dann müsst ihr ein Stück Seife lutschen. Es gibt keine Naturkatastrophen. Katastrophen, auch die Flutkatastrophe, entstehen nicht ohne eine vulnerable Gesellschaft. Wenn man vorbereitet



ist, dann kommt es nicht zu einer Katastrophe. Natürlich hätte man so eine Flutkatastrophe nicht verhindern können, nicht verhindern können, dass das Wasser da runterrauscht. Aber gute Warnsysteme hätten dafür gesorgt, dass keine Menschenleben gefordert worden wären. Deswegen ist mir diese Prävention so wichtig.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Vielen Dank. – Dann machen wir weiter und gehen in den digitalen Raum. Herr Haase vom Verband der Feuerwehren in NRW e.V. hat das Wort.

**Meinolf Haase (Verband der Feuerwehren in NRW [per Video zugeschaltet]):** Einen wunderschönen guten Morgen aus dem Kreis Lippe. Vielen Dank für die Einladung. Ich vertrete heute den Verband der Feuerwehren. Im Hauptamt bin ich Fachbereichsleiter für den Bevölkerungsschutz im Kreis Lippe und unter anderem im Thema Katastrophenschutz seit mehr als 20 Jahren unterwegs.

Das Gute daran, wenn man zum Schluss ans Reden kommt, ist, dass man sich den Vorrednern relativ einfach anschließen kann, weil im Grunde hier der große Blumenstrauß meiner Vorredner schon gebracht worden ist. Ich möchte nur noch zwei, drei Punkte bringen.

Natürlich ist ein Antrag, sich mit der Erweiterung oder mit der Optimierung des Katastrophenschutzes auf EU-Ebene zu beschäftigen, zu begrüßen. Ich gebe aber auch zu bedenken – das meine ich ein bisschen kritisch –, dass wir auch innerhalb des Landes noch viele Punkte haben, die wir aufarbeiten müssen, auch insbesondere nach den letzten Jahren. EU-mäßig sind wir nach Einschätzung von uns schon ganz gut unterwegs, was auch, wie mehrfach angesprochen worden ist, das Waldbrandbekämpfungsmodul angeht, aber auch andere Teile wie zum Beispiel das THW, die sich da engagieren.

Ich bringe jetzt ein Beispiel, was mir seit Wochen am Herzen liegt. Wir haben die Europameisterschaft jetzt im Land NRW. Ich gucke mal den Kollegen Rheinfelder an. Wir als Gebietskörperschaften im Lande unterstützen die zwei Spielstädte Gelsenkirchen und Dortmund, und das machen wir mit voller Kraft, mit vollem Elan und auch mit Ehrgeiz. Auch unsere ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer aller Hilfsorganisationen, einschließlich die Feuerwehrkräfte, sind engagiert, das zu machen. Aber glauben Sie, wir kriegen es nicht gestemmt, die Landeskonzepte, die wir innerhalb von NRW haben, konform mit ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern zu besetzen.

Das hat mehrere Gründe: Die Europameisterschaft ist in der ersten Ferienwoche. Die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer sind in ihren Berufen eingebunden, unter anderem in Rettungsdiensten. Wenn Sie die jetzt alle noch konform nach Dortmund und Gelsenkirchen schicken, haben wir ein großes Problem, den Rettungsdienst leistungsfähig vor Ort aufrechtzuerhalten.

Damit will ich einfach sagen: Wir können über alles nachdenken, uns weiter zu engagieren, innerhalb des Landes, auch über unsere Landesgrenzen hinaus. Wir haben aber die Ressource Ehrenamt, wir haben die Ressource Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht, die wir für Logistikeinheiten, für weitere Einheiten, die wir dann EU-weit

entsenden, die ja irgendwo abgezogen werden müssen. Wir haben eben das Beispiel des Bäckermeisters gehabt. Es wird schwierig, weitere Einheiten innerhalb des Landes, außerhalb des Landes aufzubauen. Da appelliere ich an Sie, sich immer vor Augen zu führen, dass die Ressource Ehrenamt nicht da ist. Das soll es erst mal von meiner Seite gewesen sein.

Alle anderen Punkte, Vernetzung und Hubschrauber schneller innerhalb von Deutschland zu bestellen, all solche Sachen müssen wir angehen. Die gehen wir auch an. Aber bitte denken Sie daran, dass wir an der Leistungsgrenze unserer Aufgaben sind.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Last, but not least kommen wir zu Herrn Gössl. Herr Gössl ist stellvertretender Referatsleiter im Referat für Europäische Katastrophenschutzpolitik in der Generaldirektion für Katastrophenschutz und humanitäre Hilfe, die GD ECHO der Europäischen Kommission in Brüssel. The floor is yours, bitte schön.

**Hans-Ulrich Gössl (Generaldirektion Europäischer Katastrophenschutz und humanitäre Hilfe)** [per Video zugeschaltet]: Ich möchte mich eingehend bedanken für die Einladung und für die besonders interessante Diskussion. Ich kann mich im Prinzip den Vorrednern weitgehend anschließend und werde insofern versuchen, meine Stellungnahme relativ kurz zu halten.

Der Antrag an sich ist aus unserer Perspektive weitgehend zu unterstützen. Das heißen wir natürlich sehr willkommen. Prinzipiell kann ich vielleicht noch einen Punkt zusätzlich herausgreifen. Das ist der dritte Punkt, der hier gelistet wird, ein stärkeres Engagement unter rescEU für eine Transport- und Logistikkapazität zu prüfen. Hier sehen wir auf der europäischen Ebene prinzipiell einen Bedarf. Allerdings gibt es die Einschränkung des Budgetrahmens, der zur Verfügung stehenden Budgetmittel. Während wir das mittelfristig begrüßen würden, ist das kurzfristig wahrscheinlich schwierig umsetzbar, weil die Diskussionen dazu mit den Mitgliedstaaten weitgehend abgeschlossen sind und die entsprechenden Budgetmittel auch schon zugeteilt wurden. Insofern gibt es meiner Meinung nach eine kleine Einschränkung zu diesem Teil des Antrags.

Prinzipiell, wie gesagt, ist der Antrag aber aus meiner Perspektive sehr willkommen zu heißen. Was die Handlungsempfehlungen betrifft, kann ich mich weitgehend den vorhergehenden Statements anschließen, den Einschätzungen von Herrn Billing und Herrn Thiebes insbesondere. Ich möchte hier nur kurz unterstreichen: Der Ausgangspunkt für das EU-Katastrophenschutzverfahren ist, dass wir eine ergänzende Kompetenz haben. Wir versuchen über dieses Verfahren, Kooperationen zu ermöglichen und nationale und in weiterer Folge auch regionale und lokale Kapazitäten zu unterstützen.

Das heißt, der Ausgangspunkt aus unserer Sicht für eine weitere Entwicklung sollte sein, wie schon angesprochen, Entwicklungspotenziale oder Notwendigkeiten für Kapazitäten und Fähigkeiten auf der Landesebene zu identifizieren und sich dann anzusehen, wie und wo das EU-Katastrophenschutzverfahren möglichst effizient und sinnvoll unterstützend hinzukommen kann.

Wir sehen, dass das im deutschen Kontext zunehmend genutzt wird. Es gibt eine Reihe von Initiativen aus verschiedenen Ländern, sich in das Katastrophenschutzverfahren verstärkt einzubringen. Insofern würden wir sehr begrüßen, wenn aus Nordrhein-Westfalen noch stärkeres Engagement zustande kommt. Ich denke, das sollte der Ausgangspunkt sein.

Der zweite Punkt ist der bereits angesprochene Solidaritätsgedanke, wie man diese Kapazitäten und Fähigkeiten in weiterer Folge in einem europäischen oder auch in einem internationalen Kontext im Bedarfsfall einbringen könnte. Der Ausgangspunkt, wie gesagt, sollten aber erstmal eine regionale oder nationale Risikoeinschätzung und darauf aufbauende Maßnahmen sein.

Konkret – das möchte ich kurz zu den bereits erfolgten Stellungnahmen hinzufügen – würde ich vielleicht in einer chronologischen Folge analysieren, welche kurzfristigen, mittelfristigen und langfristigen Möglichkeiten unter dem Katastrophenschutzverfahren zur Verfügung stünden. Zum Teil habe ich das in meiner Stellungnahme auch schon angesprochen. Kurzfristig oder unmittelbar könnten Sie überlegen, sich in die Initiative unter dem Katastrophenschutzverfahren einzubringen, die Vorabpositionierung von Waldbrandbekämpfungsteams in diesem Sommer zu überlegen. Ich kann darauf im Detail, falls daran Interesse besteht, weiter eingehen.

Ein weiteres Tool, das kurzfristig zur Verfügung stünde, ist ein Expertenaustausch, der angefragt werden könnte, dass also Experten nach Nordrhein-Westfalen kommen oder umgekehrt Experten aus Ihren Regionen in ein anderes Land oder eine Region entsandt werden.

Als dritte Option – das war nicht Teil meiner Stellungnahme, weil es in den letzten Tagen eine zusätzliche Entwicklung gab – gibt es auch noch die Möglichkeit, sich unter rescEU für die Beschaffung eines Hubschraubers einzubringen. Hier besteht auf unserer Seite noch eine ... (akustisch unverständlich), sollte hier ein Interesse aus Nordrhein-Westfalen bestehen, das noch aufzunehmen. Im Prinzip ist das noch möglich, müsste aber relativ zeitnah geschehen, weil ein entsprechendes Abkommen dazu bis spätestens Ende dieses Jahres unterzeichnet werden müsste.

Das wären die kurzfristigen Optionen. Mittelfristig könnte man überlegen, wie das im Antrag auch angesprochen wurde, zusätzliche Kapazitäten in den europäischen Katastrophenschutzpool aufzubauen. Wir sind gerade in Abstimmung mit den Mitgliedsstaaten dabei, diesen Pool auszuweiten und weiter zu verstärken. Es gibt hier eine Reihe von Bereichen, in denen wir aus europäischer Perspektive weitere Notwendigkeiten sehen, den Pool im Bereich medizinischer Kapazitäten, im Bereich der ABC-Abwehr etc. zu stärken. Es gibt hier eine relativ eingehende Analyse und lange Liste von Optionen, die man überlegen könnte, basierend auf Ihren nationalen und regionalen Einschätzungen.

Dann wäre eine Möglichkeit, sich auch für Übungen zu bewerben. Es gibt momentan eine Ausschreibung, die noch läuft, für dieses Jahr. Das ist wahrscheinlich etwas zeitnah und würde knapp werden. Da müsste man sich bis Ende April bewerben. Das ist eine jährliche Ausschreibung. Man könnte überlegen, sich für das nächste Jahr einzubringen, mittelfristig. Ähnlich gelagert für Anfang nächsten Jahres gibt es voraussicht-

lich wieder eine Ausschreibung für gegenseitige Begutachtungen. Hier hat letztes Jahr zum Beispiel Brandenburg Interesse bekundet. Das Land Brandenburg wird in der zweiten Hälfte dieses Jahres eine gegenseitige Begutachtung, ein Peer Review in unserer Terminologie, durchführen.

Langfristig, wie bereits angesprochen, das wäre der letzte Punkt dazu, ist es natürlich möglich, sich zu überlegen, ob und wie sich Nordrhein-Westfalen unter dem rescEU-Programm engagieren könnte, sei es im Bereich Logistikkapazität oder in anderen Bereichen. Hier – das ist nochmal zu unterstreichen – gibt es momentan im Budgetrahmen nur sehr limitierte Kapazitäten. Das sollte sich dann allerdings im neuen Budgetrahmen ab 2028 mit neuen Möglichkeiten anders darstellen.

Das kurz zum Bereich der ersten Frage, welche Handlungsempfehlungen und zentralen Maßnahmen man sich vorstellen könnte. Kurz noch zu den weiteren Anfragen im Bereich des Ehrenamts und der Freiwilligen: Ich kann hier auch aus europäischer Perspektive nur unterstützen, was bereits dazu erklärt wurde. Prinzipiell ist auch ein Freiwilligenengagement in der Kapazitätsentwicklung möglich. Das passiert bereits, das besteht auch. Das ist eine zusätzliche Organisationsfrage, aber prinzipiell möglich. Es gibt auch in anderen Ländern vergleichbar starkes Freiwilligenengagement, wenn man hier an Slowenien, Österreich oder Frankreich denkt. Es gibt auch ... (akustisch unverständlich), freiwillige Initiativen in den europäischen Katastrophenschutz stärker einzubinden. Das kann jetzt im europäischen Katastrophenschutzpool sei, das könnte theoretisch auch unter rescEU sein.

Das kann aber auch in diesem Programm und dieser Initiative von Vorpositionierung von Feuerwehrteams sein, woran Bayern und Baden-Württemberg in den letzten Jahren teilgenommen haben, unter anderem auch mit Freiwilligenteams. Es kann auch sein, dass man das Wissensnetzwerk im Katastrophenschutzverfahren, wo es eine gewisse Zielsetzung ist ...

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Jetzt haben wir Herrn Gössl ein bisschen verloren. Wenn Sie mich hören, Sie sind leider eingefroren bei uns. Wollen Sie es einmal ohne Bild probieren wegen der Leitungsqualität?

**Hans-Ulrich Gössl (Generaldirektion Europäischer Katastrophenschutz und humanitäre Hilfe)** [per Video zugeschaltet]: Ich war auch schon am Ende meines Statements. Ich weiß nicht, wo Sie mich verloren haben. Was ich noch anfügen wollte: Bei detaillierteren Anfragen stehe ich natürlich gerne zur Verfügung, das weiter auszuführen bzw. im Anschluss an das Meeting zusätzliche Informationen zur Verfügung zu stellen.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Danke Ihnen. Ich kann Ihnen sagen, Herr Gössl, das sehen Sie hier im Raum nicht, dass es, als Sie Ihre Ausführungen zum Thema rescEU und Helikopter gemacht haben, nicht nur fleißige Mitschriften von Abgeordneten und gerade der antragstellenden Fraktion gegeben hat, sondern es ist auch ein Vertreter des Innenministeriums, der Landesregierung anwesend, der das ebenso notiert hat. Mal gucken, was da passiert.

Vielen Dank für Ihre Ausführungen in der ersten Runde. – Wir kommen zur zweiten Runde. Es hat sich für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Neumann gemeldet, bitte schön.

**Josef Neumann (SPD):** Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Vielen Dank für die Beantwortung der Fragen in der ersten Fragerunde.

Ich will versuchen, mit einem anderen Aspekt dieses Thema Katastrophenschutz noch einmal aufzunehmen, sei es europäisch oder NRW- oder bundesweit, nämlich unter dem Gesichtspunkt der Frage: Der Begriff der Prävention ist hier mehrfach aufgekommen. Wie sind wir im Rahmen der Prävention im Katastrophenschutz im Hinblick auf bestimmte Gruppen aufgestellt? Oder anders ausgedrückt: Sind wir da genügend aufgestellt, wenn es um die Frage von vulnerablen Gruppen geht?

Ich nenne hier beispielsweise Menschen mit Behinderung, ich nenne hier alte Menschen, Demenzkranke und sonstige. Da hatten wir insbesondere bei der Flutkatastrophe bei uns gesehen, welche Auswirkungen das hat, wenn man nicht die Alarmierungssysteme, die vorbereitenden Systeme hat. Müsste man, unabhängig von der Frage der Logistik, Transport und anderem, die Ausrichtung des Katastrophenschutzes, sei es auf europäischer oder auf unserer Ebene, im Rahmen der Prävention nicht besonders noch einmal aufnehmen, damit es nicht passiert, dass diese von mir genannten Gruppen – seien es Menschen mit Behinderung, alte Menschen, Menschen mit Migrationshintergrund, die Kommunikationsprobleme haben – bei einer wie auch immer gearteten Katastrophe besonders betroffen sind?

Ich weiß nicht, wer von Ihnen dazu antworten möchte. Aber mich würde interessieren: Müssen wir uns nicht an dieser Stelle, insbesondere was das Präventive, aber auch das Operative anbetrifft, zunehmend anders aufstellen?

**Thomas Schnelle (CDU):** Ich habe einmal eine Frage an Herrn Gössl, der jetzt nicht mehr da ist.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Er ist noch da, aber nicht im Bild.

**Thomas Schnelle (CDU):** Ich habe eine Frage zum Zeitplan. Er hat in seiner Stellungnahme angegeben, dass derzeit eine Überarbeitung des Rechtsrahmens für den ECPP stattfindet. Da würde mich mal der Zeitplan interessieren. Vielleicht kann er was dazu sagen, was denn da in Zukunft noch kommen soll. Es ist ja sicherlich interessant für uns, wo wir uns da noch beteiligen könnten.

Ich habe die Ausführungen von Herrn Dr. Thiebes mit Interesse verfolgt. Er sagte ja, dass wir die Dinge zur Verfügung stellen sollen, bei denen wir eine besondere Expertise haben. Jetzt wird sich jedes Bundesland oder auch jeder Nationalstaat im Katastrophenschutz auf die Dinge ausrichten, von denen er besonders betroffen ist. Wir sehen das am Beispiel Waldbrand hier in Nordrhein-Westfalen. Wir haben uns schon öfter über Löschflugzeuge unterhalten, die nach Expertenmeinung für Nordrhein-Westfalen vollkommen an der Realität vorbei sind oder zumindest nicht mit den

Gegebenheiten, die wir in Nordrhein-Westfalen haben, übereinstimmen. Deshalb die Sache mit den Polizeihubschraubern und den Bambi Buckets.

Da die Frage vielleicht an Herrn Dr. Billing und auch wieder an Herrn Gössl, der die europäischen Förderrichtlinien kennt. Sie sagten, auch die EU würde im Rahmen von rescEU Hubschrauber fördern. Jetzt ist für mich schwer vorstellbar, dass wir die Polizeihubschrauber irgendwann einmal in einen europäischen Einsatz schicken würden. Das würde sich mit dem, wie wir es in Nordrhein-Westfalen geregelt haben, beißen. Vielleicht könnten Sie zu dieser Sache etwas Näheres sagen.

Dann habe ich noch eine Frage an Herrn Meinolf Haase und vielleicht auch an Herrn Dovern. Es gibt EU-Richtlinien zum Schutz der kritischen Infrastrukturen, die bereits in Kraft sind. Wir warten hier in Deutschland noch auf ein KRITIS-Dachgesetz. Ich glaube, es ist in den Bundestag eingebracht, aber noch nicht verabschiedet.

Wie müssen wir das in Zusammenhang mit dem Gedanken eines europäischen Katastrophenschutz stellen, wenn wir unsere Gefährdungen ... Sie sind uns alle bekannt, aber wir warten noch auf das Gesetz. Müssen wir das nicht erst mal abwarten und dann vielleicht auch hier im Sinne von Herrn Thiebes weitere Kapazitäten oder auch Kompetenzen ausbauen, die wir auch in den europäischen Katastrophenschutz einbringen können?

**Dr. Werner Pfeil (FDP):** Bei dem Thema „europäischer Katastrophenschutz“ geht es auch um europäische Solidarität, Kooperation, Gemeinschaftstreue als Oberbegriff. Eben wurde das Thema der Löschflugzeuge von den Sachverständigen angesprochen. Wenn wir einen Brand im nordrhein-westfälischen Grenzgebiet haben, dann helfen uns die Niederländer oder die Belgier. Die Niederlande sind jetzt nicht wegen großer Waldgebiete bekannt, haben trotzdem Löschflugzeuge.

Unabhängig davon sind die beiden Löschflugzeuge, die hier für die Bundesrepublik angeschafft worden sind, in Niedersachsen stationiert, nicht zum Beispiel in Brandenburg, die am meisten unter Bränden zu leiden haben. Das nur mal zum Thema der Löschflugzeuge, und warum möglicherweise ein stärkeres Engagement von Nordrhein-Westfalen in der Gesamthematik sinnvoll ist, so wie Herr Gössl und auch Herr Dr. Billing es erklärt haben.

Meine Frage richtet sich nur an Herrn Dr. Gössl. Er hat eben eine ganze Reihe von Punkten aufgeführt. Da ging es um die Positionierung vor den Waldbränden, Expertentools, rescEU-Hubschrauber, die als mögliche Optionen im Rahmen der EU jetzt umgesetzt werden können, wozu man sich melden kann. Meine Frage ist: Erfährt das das Innenministerium? Geht das über den Bund? Geht das über die Bundesländer, diese Möglichkeiten, sich EU-weit weiter zu engagieren? Oder macht man das einfach innerhalb der EU, und niemand erfährt das? Ich habe das heute zum ersten Mal gehört.

**Andreas Keith (AfD):** Mich juckt es geradezu, etwas zu den Löschflugzeugen zu sagen. Die Frage der Wasserung ist mir immer noch nicht erklärt worden, wo ein Flugzeug in Nordrhein-Westfalen Wasser aufnehmen soll.

(Zuruf: Auf dem Rhein!)

– Auf dem Rhein. Na, vielen Dank. Dazu sitzen wir heute nicht hier, aber vielleicht fühlt sich einer der Sachverständigen berufen, kurz etwas dazu zu sagen.

Meine Frage geht an die Herren Rheinfelder, Billing, Dovern und Haase von der Feuerwehr. Sie haben eben, Herr Rheinfelder, die Zusammenarbeit und die Kooperationen in Marokko, insbesondere auch in der Türkei angesprochen. Wir wissen alle, dass die EU nicht gerade die schnellste Behörde auf dieser Erde ist. Es dauert alles ewig lang. Was sich mir nicht erschließt, ist, warum wir in Brüssel ... Vorgeschaltet: nicht dass es wieder heißt, die AfD will die EU nicht.

Es ist sinnvoll, dass, wenn wir vor Ort entsprechende Strukturen aufgebaut haben, verstetigt haben, festgestellt haben, dass die gut sind und sie sich bewährt haben, dass man die natürlich den europäischen Partnern zur Verfügung stellt, wenn die Kapazitäten und die Ressourcen vorhanden sind. Dagegen spricht überhaupt nichts.

Was ich allerdings nicht verstehe, ist, warum wir jetzt noch eine weitere Ebene auf der EU einziehen, obwohl es vielleicht sinnvoller wäre ... Es ist eben von Herrn Rheinfelder geschildert worden: Da gibt es vor Ort Kapazitäten, die man viel schneller ansprechen kann, statt jetzt eine Ebene einzuziehen, die auch noch mal alles sammelt. Wir haben heute digitale Möglichkeiten, ob es darum geht, zum Mond zu fliegen oder auf irgendwelchen Meteoriten zu landen oder Daten über Hunderttausende von Kilometern zu senden. Alles easy, kann man alles machen. Da könnte man auch eine App einführen, auf die die Staaten zu greifen können, wo man genau sieht, welche Möglichkeiten und Kapazitäten zur Verfügung stehen.

Man kann dann im Endeffekt nach Deutschland fragen: Sind eure zwei Löschflugzeuge jetzt verfügbar, könnt ihr uns die schicken nach Frankreich, wer auch immer da anfragt, wo es sinnvoll ist – auch die Reichweite muss ja bedacht werden. Warum man da jetzt noch mal was ganz groß in der EU aufziehen muss, warum man das stärken muss, warum man das ausbauen muss ... Ich lasse mich da gerne überzeugen, wenn es da irgendwelche sinnvollen Argumente gibt. Aber ich verstehe diese aufgeblasene Bürokratisierung nicht, die damit einhergeht, mit all dem, was damit verbunden ist.

Wir wissen alle, wie es in der EU läuft. Warum macht man das und baut nicht eher die Strukturen unterhalb der EU, nämlich der Länder, aus, dass die Kommunikation „in Frankreich brennt's, wir brauchen zwei Löschflugzeuge“ so erfolgt: Man ruft in Deutschland an und sieht im digitalen Format: Aha, die haben das und das jetzt gerade zur Verfügung? Wäre das nicht sinnvoller und würde Zeit sparen, statt dass man da in Brüssel irgendwas Riesengroßes aufbaut und aufbläht, was am Ende des Tages nur eine weitere Ebene bedeutet und auch keinen Mehrwert zum jetzigen Zeitpunkt – für mich zumindest – bringt?

**Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE):** Ich habe insbesondere eine Frage an die Praxisorganisationen wie das DRK oder die Feuerwehr, also Herrn Haase, Herrn Rheinfelder, Herrn Dr. Lüder.

Herr Haase hat gerade dargelegt, wie schwierig es wird, mit ehrenamtlichen Strukturen die Aufgaben zu erfüllen, insbesondere, wenn noch Großereignisse anstehen. Eine

Katastrophe ist häufig ein Großereignis, was dann gestemmt werden muss, wenn es denn eingetreten ist. Wir stehen davor – das diskutieren wir in allen Bereichen –, dass die Bevölkerung weiter zurückgehen wird, dass wir insbesondere weniger junge Menschen haben, mehr ältere. Ältere Menschen stehen weniger dem Ehrenamt, insbesondere dem praktischen Ehrenamt, zur Verfügung.

Wenn ich das richtig verstanden habe, laufen wir auf einen eklatanten Personalmangel in diesen Bereichen zu. Da wäre dann die Frage, welche Ideen es gibt, mit weniger Personal erstens die Hausaufgaben zu machen, was ja gerade angesprochen wurde, d. h. die schlagkräftigen Strukturen im Lande zu erhalten, und zweitens dann auch noch die Ressourcen für die europäische Ebene bereitzustellen, um im Katastrophenfall aktiv zu werden, inwiefern da digitale Tools, KI, auch in der Kommunikation zum Beispiel helfen können. Ich glaube, dafür ist eine europäische Koordination gut und wichtig. Wir haben es dann auch mit vielen Sprachen zu tun, die gesprochen werden, die auch im ehrenamtlichen Bereich nicht überall gesprochen werden.

Gibt es da Vereinfachungsmöglichkeiten, auf digitaler oder KI-Ebene? Welche anderen auch bürokratischen Probleme wären zu beseitigen, um die weniger vorhandenen personellen Ressourcen besser einsetzen zu können?

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Vielen Dank. – Das waren die Fragen in der zweiten Fragerunde. Ich hatte vorhin gesagt, dass wir jetzt andersherum anfangen. Deswegen wäre Herr Gössl als Erster an der Reihe. Jetzt sind wir nicht ganz sicher, ob Sie alles verstanden haben, was an Fragen an Sie gerichtet wurde, wie die Leitungsqualität gerade ist. Aber Sie können uns hören, Herr Gössl? Sonst gibt es die Option, sich auch telefonisch zuzuschalten.

**Hans-Ulrich Gössl (Generaldirektion Europäischer Katastrophenschutz und humanitäre Hilfe [per Video zugeschaltet]):** Ich kann Sie gut hören.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Dann frage ich mal: Haben Sie die Frage vom Kollegen Schnelle von der CDU-Fraktion mitbekommen? Der fragte noch mal nach Zeitplänen.

**Hans-Ulrich Gössl (Generaldirektion Europäischer Katastrophenschutz und humanitäre Hilfe [per Video zugeschaltet]):** Tut mir leid, ich habe Teile davon leider nicht verstanden. Die Frage des Kollegen von der CDU habe ich nicht mitbekommen. Wenn Sie das noch kurz wiederholen könnten?

**Thomas Schnelle (CDU):** Zum Zeitplan – da ist Ihre Aussage für uns besonders wichtig – der Überarbeitung des Rechtsrahmens für den ECPP: Wann würde der fertig sein, und welche konkreten Änderungen sind da drin, mit denen wir uns in NRW beschäftigen können?



**Dr. Werner Pfeil (FDP):** Ich wollte wissen, woher die Informationen sind, ob die beim Bund ankommen oder bei den Landesinnenministern über diese unterschiedlichen Optionen, die Sie eben dargestellt haben.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Da ging es um Helikopter und rescEU und dass man sich bis Ende des Jahres bewerben sollte, an wen die Information aus Brüssel geht: an die Bundesregierung, an die Landesregierung? Wie erfahren wir davon, und wie müsste der Weg sein, sich bei Ihnen zu melden?

**Hans-Ulrich Gössl (Generaldirektion Europäischer Katastrophenschutz und humanitäre Hilfe [per Video zugeschaltet]):** Vielen Dank. Ich habe es jetzt auf meiner Seite sehr gut verstanden und hoffe, Sie können mich auch verstehen.

Zur Frage des Rechtsrahmens für den Katastrophenschutzpool: Es gibt einen Beschluss, der in einem Zeitrahmen von ungefähr zwei Jahren unter intensiver Mitarbeit aller Mitgliedsstaaten und teilnehmenden Staaten vorbereitet wurde, auch mit einer sehr starken Einbindung von Experten aus Deutschland. Er wird jetzt im zuständigen Ausschuss für Katastrophenschutz gerade besprochen.

Wir sind hier in einer finalen Phase. Ich würde davon ausgehen, dass wir das im Laufe des ersten Halbjahres 2024 abschließen können. Das heißt, in den nächsten Wochen oder Monaten sollten wir hier einen ... [akustisch unverständlich] vorliegen haben, der in Kraft tritt und dann den Pool wesentlich stärken wird. Ohne hier zu sehr ins Detail zu gehen, ist unser Vorschlag – der wird auch weitgehend von den Mitgliedsstaaten und teilnehmenden Ländern getragen –, dass 13 neue Modulkonfigurationen in den Pool eingespeist werden. Das heißt, es werden bald neue Möglichkeiten gegeben sein, um sich im Pool engagieren zu können, das heißt nicht nur quantitativ, sondern auch eine breitere Palette an verschiedenen Einsatzkapazitäten, die hier förderungswürdig sein werden. Das in Kürze zur Frage, wo wir in der Diskussion des Rechtsrahmens für den Katastrophenschutzpool stehen.

Die zweite Frage, wenn ich das richtig verstanden habe, bezieht sich auf die Abstimmung der europäischen Ebene mit der nationalen Ebene. Das erfolgt bei uns tatsächlich zentralisiert über die zuständige nationale Behörde. Das ist im Fall Deutschlands das Bundesinnenministerium. Ich würde Sie da bitten, insbesondere, was die rescEU-Kapazitäten und ein mögliches Interesse daran betrifft, sich mit dem Innenministerium in Verbindung zu setzen.

Ich weiß, es gibt aus mehreren Ländern in Deutschland Interesse. Das ist aber noch nicht finalisiert. Insofern, wie ich das bereits angesprochen habe, wenn es hier aus Nordrhein-Westfalen Interesse gäbe, dann ist es noch möglich, das in Abstimmung mit der nationalen Ebene, in dem Fall dem Bundesinnenministerium zu bekunden. Ich denke, das waren die Fragen.

Vielleicht kann ich auf die letzte Frage, die ich von der Fraktion der AfD noch gehört habe, welchen Mehrwert die EU-Ebene in den Katastrophenschutz einbringen kann, antworten. Das ist vor allem eine Frage der Kosteneffizienz und der Koordinierung. Wenn Sie sich das Erdbeben in der Türkei im letzten Jahr vorstellen: Wir haben hier

eine Koordinationsfunktion auf EU-Ebene von insgesamt 37 Ländern. Das sind alle EU-Mitgliedsstaaten plus zehn weitere teilnehmende Länder aus der europäischen Nachbarschaft.

Das schafft natürlich im Notfall, im Fall einer Großschadenslage eine hohe Effizienz, wenn das zentral koordiniert wird und sich nicht 37 Länder gleichzeitig in diesem konkreten Beispiel bei der Türkei melden würden. Das heißt, es gibt eine abgestimmte Unterstützung der Beantwortung von Großschadenslagen, die auf EU-Ebene koordiniert wird.

Dasselbe versuchen wir, in der Vorsorge und bis zu einem bestimmten Bereich, soweit wir das im Katastrophenschutz können, auch in der Prävention zu machen. Diese Koordinationsfunktion hat einen Effizienz- und Kostenvorteil, der im Fall von Großschadenslagen oder Großrisikolagen wahrscheinlich ansonsten schwierig zu erzielen wäre. Das nur in aller Kürze.

**Meinolf Haase (Verband der Feuerwehren in NRW *[per Video zugeschaltet]*):** Erste Frage war: Prävention vulnerabler Gruppen. Ja, es ist zu begrüßen, dass der Bereich gestärkt wird, dass wir dort mehr in Prävention gehen müssen. Da schließe ich die zweite Frage mit an: Schutz von kritischen Infrastrukturen. Uns ist es ganz wichtig, dass wir Regelungen haben, dass wir diese vulnerablen Gruppen auch betreut bekommen. Ich erinnere an den Blackout, an den Stromausfall. Wir haben in Alten- und Pflegeheimen keine Pflicht zur Versorgung mit Notstromaggregaten.

Wir haben die Beatmungspatienten zuhause, von denen wir nicht über ein Register wissen. Ich könnte jetzt einen Blumenstrauß abliefern von offenen Baustellen unter anderem, dass keine Apotheke notstromversorgt ist, keine niedergelassene Arztpraxis, die Krankenhäuser überlaufen. Ja, die Frage ist zu beantworten: Prävention für vulnerable Gruppen ist zu intensivieren.

Bei der Frage möchte ich mich gerne anschließen, der Kollege Rheinfelder hat es eben gesagt: Wir müssen in den Unterricht. Wir müssen nicht nur die Erste-Hilfe-Ausbildung in den Schulen wieder etablieren, wir müssen auch Katastrophenschutzvorsorge in den Schulen machen. Wir müssen, und das ist immer ein gutes Beispiel von mir, den Bürgerinnen und Bürgern die Warnsignale wieder näherbringen. Wir haben Landesprojekte mit Sirenenförderung, wo wir gut unterwegs sind. Wir haben mittlerweile landesweit ein meiner Meinung nach gutes Sirenennetz. Wir müssen in der Bevölkerung über solche Unterrichtsstunden, die es in den Schulen gibt, zum Beispiel das Thema „Warnsignale“ intensivieren. Das geht nicht nur über Apps, denn bei Stromausfall funktionieren die Apps auch nicht.

Ja, es ist das KRITIS-Dachgesetz zu forcieren. Es muss umgesetzt werden. Berlin muss die Umsetzung durchführen. Wir müssen dort klare Regelungen drin haben, und ich verwende den Überbegriff der Betreiberverantwortung. Es muss viel mehr auf die Betreiberverantwortung Wert gelegt werden.

Dann habe ich die nächste Frage: Zusammenarbeit vorhandener Ressourcen, vorhandener Landeskonzepte in NRW. Ich bin genau am anderen Ende des Landes NRW als der Kollege Dovern, vielleicht kann er da gleich etwas zu sagen. Ich glaube schon,

dass es heute möglich ist, mit unseren Landeskonzepten – davon haben wir viele, ich brauche die gar nicht alle aufzählen, BHP-50 (Behandlungsplatz Bereitschaft 50 NRW), PTZ (Patiententransportzug) und all unsere Abkürzungen – auch über die Grenzen hinaus an die Peripherie in den Niederlanden oder in Luxemburg oder Belgien zur Unterstützung zu kommen. Wir hier oben in Ostwestfalen-Lippen machen das auf jeden Fall. Wir helfen den Niedersachsen. Wir fahren da rüber. Die Ressourcen sind zur Verfügung zu stellen, das könnte man auch machen.

Dann habe ich eine Frage zum Ehrenamt zu beantworten. Ja, ich sehe langfristig aufgrund des Strukturwandels, der älter werdenden Gesellschaft, dass es immer weniger Ehrenamtliche gibt, die sich engagieren. Ob das zum jetzigen Zeitpunkt schon als eklatant zu bezeichnen ist, weiß ich nicht. Vielleicht sagt auch der Kollege des DRK was dazu. Aber aus Sicht der Feuerwehr kann ich sagen: Es wird immer schwieriger, junge Menschen ehrenamtlich für die Gefahrenabwehr zu engagieren.

Es werden viele Programme, auch vom Ministerium – Ehrenamtsförderung, Kampagnen – aufgelegt, die auch dazu dienen, zumindest den Stand zu sichern. Ich erinnere Jugendfeuerwehren, die Ergänzung dazu Kinderfeuerwehren. Die Kinderfeuerwehren sind eingerichtet worden, und es bleiben mittlerweile davon auch viele Leute hängen. Aber das Angebot von Sport, Spiel und Spannung ist in den unterschiedlichen Orten groß, wobei die Zeit der Jugendlichen, die heute tagsüber lange in die Schule gehen müssen, begrenzt ist, um sich dann ehrenamtlich zu engagieren. Social Media ist meiner Meinung nach da zu nutzen, um Werbung zu machen.

Wie man KI da besser einsetzen kann, das kann ich im Moment nicht beantworten. Aber ich würde die Frage gerne mitnehmen.

**Dr. Benni Thiebes (Deutsches Komitee Katastrophenvorsorge):** Ich will insbesondere die erste Frage zum Thema Prävention, „wie gut sind wir im Hinblick auf vulnerable Gruppen?“ ansprechen.

Das Thema ist Teil der Resilienzstrategie, die letztes Jahr verabschiedet wurde. Ich sehe aber noch nicht, dass wir wirklich richtig gut darin sind. Vielleicht erinnern Sie sich an den ersten bundesweiten Warntag, wo dann der Gehörlosenverband getweetet hat: „Wir haben nichts gehört.“

Ich habe gestern eine NINA-Warnung bekommen, dass mir Trümmerteile von der ISS auf den Kopf fallen könnten. Mein Handy ist auf Englisch eingestellt. Alle Handlungsempfehlungen – die da jetzt nicht wirklich relevant waren – sind aber komplett auf Deutsch. Da ist auf jeden Fall noch einiges möglich.

Ich finde es wichtig, dass wir da zielgruppengerecht kommunizieren. Deswegen unterstütze ich auch diesen Vorschlag, dass wir das in Schulen einbringen. Meine Frau ist allerdings Grundschullehrerin, und da wird immer alles abgeladen, was man so als Gesellschaft machen müsste. Ich finde das grundsätzlich gut, aber das kann nicht die einzige Aktivität sein. Wir können das nicht alles nur auf die Kinder und die Grundschulen schieben. Das dauert einfach sehr lange, bis das dann in der gesamten Gesellschaft angekommen ist.

Wir sollten uns auch vor Augen halten, wer in Katastrophenereignissen stirbt. Über zwei Drittel aller Leute, die im Ahrtal gestorben sind, waren 60 Jahre alt und älter. Da hilft auch ein Cell Broadcast vielleicht nicht unbedingt, weil das Leute sind, die ihr Handy vielleicht nachts auch ausschalten, sodass man da nicht erreichbar ist. Auch wenn wir an so Themen denken wie Hitze, was in Deutschland immer noch total unterschätzt wird. Mal abgesehen von der Coronapandemie war das tödlichste Katastrophenereignis 2003 die Hitzewelle, wo, glaube ich, 70.000 Menschen in Europa gestorben sind. Wer stirbt bei so einer Hitze? Das sind die alten Menschen.

Wie erreichen wir denn die alten Menschen? Da sind wir gerade dabei zu versuchen, mit den Wohlfahrtsverbänden zusammenzuarbeiten. Die wollen sich noch viel stärker in der Katastrophenvorsorge einbringen. Das ist alles ein Prozess, der letztendlich durch die Flutkatastrophe angestoßen wurde. Ich glaube, das ist der richtige Weg. Wir haben noch einiges zu tun, wenn es um vulnerable Gruppen geht. Ich glaube, wir sind da schon auf einem guten Weg. Auch da kann auf Landesebene noch viel passieren, insbesondere über die Schulen.

Ganz kurz noch einige Hinweise zum Kommentar von der AfD-Fraktion. Ich teile diese Kritik an der Europäischen Kommission und an dem Mechanismus überhaupt nicht. Ich halte diesen Mechanismus für kein aufgeblasenes bürokratisches Monster, sondern für die notwendige Koordinationsstelle, die wir brauchen, wenn wir mit so vielen verschiedenen Akteuren zusammenarbeiten wollen. Ich begrüße es, was dort passiert, und kann mich darum dem Kollegen Gössl total anschließen.

Abschließend noch zu der Frage der grünen Fraktion. Natürlich ist das Ehrenamt mit einer alternden Gesellschaft vor große Herausforderungen gestellt. Deswegen sind sie seit Jahren dabei, insbesondere den Frauenanteil und den Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund zu erhöhen, die relativ unterrepräsentiert sind. Das sind natürlich wichtige Aktivitäten. Was insgesamt KI-Tools angeht: Ja, im Bereich von KI passiert ganz viel, insbesondere seit letztes Jahr Dezember, wo ChatGPT rausgekommen ist. So ein System wie der Bevölkerungsschutz springt nicht so wahnsinnig schnell auf das KI-Thema in der Breite auf. Das wird noch ein bisschen dauern. Aber das haben natürlich viele im Blick. Da wird sich zukünftig sicher noch was tun.

**Dr. Peter Billing:** Ich möchte auf die Fragen in drei Punkten eingehen. Die erste Frage in Bezug auf die vulnerablen Gruppen: Mir fällt da jetzt ein Beispiel ein. Ich habe über mehrere Jahre die interne Arbeitsgruppe über Frühwarnsysteme geleitet, zusammen mit den Vertretern aus den Mitgliedstaaten. Da ging es unter anderem auch um die Frage der Sprachen, jetzt abgesehen von allen anderen vulnerablen Gruppen. Da gab es interessante Beispiele von Mitgliedstaaten, insbesondere Staaten, in die gerne Urlauber aus verschiedenen Ländern gehen, dass sie Systeme eingeführt haben – Cell Broadcast und andere, wo Warninformationen in mehreren Sprachen herausgegeben wurden.

Ich nutze dieses Beispiel auch, um den Mehrwert der europäischen Kooperation darzustellen. Wir können vieles gut oder sehr gut in Deutschland. Aber andere können andere Dinge auch sehr gut. Ich denke, das ist zumindest meine berufliche Erfahrung,

wir können auch viel lernen von den anderen und uns an guter fachlicher Praxis orientieren.

Das zeigt sich auch im Bereich Waldbrand. Wenn wir das Waldbrandthema hier noch mal aufgreifen: Diese Vorpositionierung von Feuerwehrkontingenten aus anderen Ländern in Griechenland oder anderen dient vielleicht weniger der tatsächlichen Hilfe – das auch, das ist wichtig und es passiert auch –, aber auch einem Wissenstransfer, weil wir sehen, dass die Feuerlandschaft mehr und mehr nach Norden wandert und dass wir von den leider jahrzehntelangen Erfahrungen der südlicheren Mitgliedstaaten auch einiges mitnehmen können. Das zum Thema „vulnerable Gruppen“ und „Mehrsprachigkeit“.

Zum Thema „Feuerlöschhubschrauber“ kann ich nicht viel hinzufügen, was Herr Gössl nicht schon erwähnt hat. Vielleicht auch noch mal ein Beispiel: Es ist möglich, dass Hubschrauber aus Deutschland in internationale Einsätze gehen. Ich erinnere mich – das ist sehr lange her, es war zu Beginn meiner Tätigkeit 2005 – an Hubschrauber der Bundespolizei, die in Portugal tätig waren. Man muss nicht über diese große Distanz fliegen, sondern dieses System rescEU ist auch regionalisiert. Das heißt, man versucht, in verschiedenen Regionen Hubs, Drehkreuze zu bilden, wo solche Module positioniert werden könnten.

Um auf die Situation in NRW zurückzukommen: NRW ist eines der zentralen Gebiete hier in Europa. Deutschland hat, soweit ich zählen konnte, neun Nachbarstaaten. Insofern wäre das hier auch interessant vom Logistikstandpunkt aus. Wir haben 100 km entlang der belgischen oder niederländischen Grenze. Luxemburg liegt in der Nähe, Polen auf der anderen Seite, Dänemark – es ist alles erreichbar. Es wäre möglich, nur als Beispiel.

Vielleicht abschließend zu den Bemerkungen der AfD-Fraktion: Added Value, der zusätzliche Nutzen – brauchen wir diese zusätzliche Ebene? Auch hier möchte ich kurz ein Beispiel aus meiner Tätigkeit anfügen. Zu Beginn des Gemeinschaftsverfahrens hat man in Europa rumtelefoniert. Herr Gössl hat es erzählt. Mittlerweile sind es 37 teilnehmende Staaten. Da telefonieren Sie morgens um 9 noch, wenn Sie die Flugzeuge brauchen.

Was wir installiert haben, ist ein System, das möglichst im Vorfeld schon Dinge abklärt. Beispiel: Wir haben im Sommer ab Juni regelmäßig – donnerstags, 10:00 Uhr – Videokonferenzen mit den Staaten, üblicherweise den südlichen Mitgliedstaaten, die Feuererisiken haben. Da wird abgefragt, rein standardisiert: Wie ist eure Situation zurzeit? Befürchtet ihr größere Brände? Habt ihr genügend Kapazität, um mit den Bränden umzugehen? Wenn nein, was würdet ihr brauchen oder was könntet ihr anbieten im Falle, dass andere Staaten das brauchen?

Das heißt, in diesem Gremium wissen wir im Grunde schon im Voraus, wer was anbieten kann. Dann geht die Kommunikation sehr schnell.

Das wird unterstützt durch ein Kommunikationssystem CECIS, Common Emergency Communication and Information System, das uns vom Notfallzentrum in Brüssel mit allen Mitgliedstaaten verbindet. Ich habe viele persönliche Erlebnisse gehabt, wo Sie innerhalb einer Stunde, wenn ein Hilfesuch kommt, fünf Angebote haben. Dann

können die Flugzeuge entweder gleich fliegen oder am nächsten Morgen. Insofern ist es sehr wohl ein großer Zusatznutzen.

Das wird auch von allen Mitgliedsstaaten so anerkannt. Insofern muss man auch sehen: Wir haben über die Jahre sehr viel Fortschritte gemacht und versucht, es von der Bürokratie her so flach wie möglich zu halten, um zum einen schnell reagieren zu können, zum zweiten mit hoher Qualität reagieren zu können, nämlich dadurch, dass die Teams gut zusammenarbeiten. Das ist auch nicht selbstverständlich. Die müssen sich vorher absprechen, die müssen üben, die müssen wissen, wo sie sich dann einbringen können. Das muss in gewisser Weise vorhersehbar sein. Daher auch diese ganzen Anstrengungen, den Pool zu schaffen, in dem Kapazitäten vorab befähigt werden, hier in den internationalen Einsatz zu gehen.

Insofern, denke ich, ist es ein großer Mehrwert, den wir über dieses System geschaffen haben.

**Wilfried Rheinfelder (Verbindungsbüro des Deutschen Roten Kreuzes bei Landtag und Landesregierung von NRW):** Ich habe mir drei Fragestellungen notiert. Das war das Thema „vulnerable Gruppen“, das war das Thema „warum zwei Mechanismen?“ und das war das Thema „Ehrenamt“.

Zu den vulnerablen Gruppen hat der Kollege Haase hier schon wesentliche Ausführungen gemacht. Wir müssen, wenn wir helfen wollen und den Fokus auf vulnerable Gruppen legen, wissen, wo die sind. Wo sind die Senioren? Wo sind die alten Menschen? Wo sind die, die selber nicht so mobil sind? Ich denke, wenn wir vom System unseres Katastrophenschutzes ausgehen, ist das eine Geschichte. Die untere Katastrophenschutzbehörde ist der Landkreis bzw. die kreisfreie Stadt.

Das heißt, ich habe die Hoffnung, dass wir mit dem Instrument, das wir mit der Novelisierung des BHKG einführen wollen, der Katastrophenschutzbedarfsplanung, ein Tool bekommen, das uns die Möglichkeiten gibt. Wir müssen die lokalen Akteure, die es auch im Bereich der Wohlfahrts- und Sozialarbeit gibt, ob das private Pflegedienste sind, ob das öffentlich getragene Pflegedienste sind, all die besonderen Gruppen, die wir dort haben, mit der Behörde in der Planung miteinander vernetzen, damit wir Tools erarbeiten, die wir dann vielleicht auch standardisieren können.

Beispiel: Ich kenne das vom Britischen Roten Kreuz. Da gibt es eine Liste, die Energieversorger pflegen müssen, wenn besondere Bedarfe in den Haushalten sind, beispielsweise Beatmungsgeräte etc. pp. Das ist auf freiwilliger Basis. Bei uns ist das mit dem Datenschutz ja auch immer eine Herausforderung. Aber da müssen sich Tools finden lassen, wie wir diese Menschen erfassen, damit wir, wenn die Situation da ist, vorausschauend in der Planung dort Hilfe leisten können. Ich hoffe, dass das in der Vernetzung funktioniert, lokal über die Katastrophenschutzbedarfsplanung. Dazu bedarf es aber den Willen – ich erkenne den bei den Kolleginnen und Kollegen der unteren Katastrophenschutzbehörden –, alle Akteure auch in diese Planung einzubeziehen. Wir brauchen aber den gesetzlichen Rahmen über das BHKG.

Stichwort Alten- und Seniorenheime, eine Randnotiz: Wir haben im Zuge der Energiemangellage des letzten Jahres die Senioren- und Alteneinrichtungen, bei denen wir

als DRK-Landesverband Nordrhein e.V. Träger sind, fünf Stück nur an der Zahl, alles andere liegt bei den Kreisverbänden, ertüchtigt mit Notstrom, mit Trinkwasserversorgung etc. aus Eigenmitteln. Da ist genau das Problem. Ich glaube, da muss man sich Gedanken machen, weil das nicht mal eben so – ich sage es ein bisschen despektierlich – aus der Portokasse zu finanzieren ist.

Das Thema 2, unterschiedliche Mechanismen: Ich sehe das ähnlich, wie Herr Billing das hier beschrieben hat. Wir haben auf der einen Seite den EU-Mechanismus, dessen Grundidee ist, dass ein Staat im Rahmen eines Ereignisses den Mechanismus anfordern kann, wenn in diesem Notfall seine Reaktionsfähigkeit überstiegen ist. Da sind viele Dinge dabei, die in dem von mir anfänglich geschürten Mechanismus der humanitären Hilfe einfach nicht abgedeckt ist. Das DRK hat keine Löschflugzeuge, um nur ein Beispiel zu nennen. Wir haben aber im Bereich der humanitären Hilfe einen sehr wirkungsvollen Mechanismus, durch den auch gewährleistet ist, dass ein Staat das Okay gibt, Hilfe anzufordern, wobei das ein etabliertes Verfahren ist.

Ich würde im Prinzip aus meiner Sicht davon abraten wollen, diese beiden Dinge miteinander zu vermischen. Ressourcen können gemeinsam genutzt werden, das ist das Thema. Ich plädiere dafür, dass man diese Ressourcen auch so einsetzt, wie die Akteure von Grund auf aufgestellt sind. Das heißt, ich würde unsere Organisation eher im Bereich medizinische Hilfe und Lagerbevorratung für diesen Bereich sehen. Natürlich sind wir da auch gerne mit unterwegs, denn das ist unser Selbstverständnis als Auxiliar des Staates.

Was das Ehrenamt angeht, da bin ich bei meinem Vorredner, bei Meinolf Haase. Im Moment können wir das noch abdecken. Aber wir können natürlich nicht der demografischen Entwicklung entgegentreten. Die müssen wir ins Auge fassen. Ich glaube, da kann man vieles tun. Das, was uns unsere Helfenden aus unseren Organisationen des Ehrenamtes zurückspeigeln, ist, dass der Staat dringend etwas tun muss, um bürokratische Hürden abzubauen, die die Mitwirkung im System erleichtern. Da könnte ich Ihnen jetzt, was sicherlich nicht gewollt ist, stundenlange Vorträge halten, woran das liegt. Das ist aber auch schon im Bereich der zuständigen Ministerien des Öfteren thematisiert worden.

Ich glaube, dass wir auch den Weg finden müssen – das hat sich in den Ereignissen der letzten Jahre gezeigt, nicht nur im Ahrtal, sondern auch schon davor –, die Menschen in die Maßnahmen einzubinden, die sich spontan bereitfinden zu helfen. Deshalb schulen wir in den Katastrophenschutzorganisationen auch unsere Menschen und machen sie sensibel dafür, auch speziell die Führungskräfte: Wie kann ich Menschen, die sich spontan zur Hilfe anbieten, einbinden? Wie kann ich sie sicher einbinden und vor allen Dingen auch mit dem gemeinsamen strategischen Ziel, das ich in einer Lage verfolge, diese Lage auch in den Griff zu bekommen?

Ich denke, so ein Kader-Mantelprinzip, wenn das Abschmelzen des Ehrenamtes sich manifestieren sollte, könnte eine Lösung sein, um das Ehrenamt als tragende Säule in diesem Bereich zu erhalten.

**Andreas Dovern (StädteRegion Aachen, Amt für Brandschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz, A 38):** Ich würde gerne noch abschließend auf zwei, drei Punkte eingehen. Natürlich schließe ich mich meinen Vorrednern an, aber ich würde gerne auch noch an der einen oder anderen Stelle den Blick aus der unteren Katastrophenschutzbehörde mit einspielen.

Herr Neumann von der SPD hat eben gefragt – sinngemäß –: Sind wir in der Prävention ausreichend aufgestellt? Ich unterstelle oder hoffe zumindest, dass Sie alle nicken, wenn ich sehr drastisch sage: Nein, sind wir überhaupt nicht. Die Bevölkerung ist nicht auf so etwas vorbereitet. Von der Wiege bis zur Bahre: Es war – das ist zunächst mal vollkommen schuldfrei und über alle Farben hinweg – einfach gesellschaftlich nicht gewollt, politisch nicht gewollt, dass wir uns dieser Themen annehmen. Ich erinnere in dem Zusammenhang gerne an das Interview von 2015/2016. Der damalige Bundesinnenminister Dr. de Maizière hat einmal etwas zum Thema „Notfallvorsorge“ erzählt. Er ist dann im Nachgang in der Presse, in der Politik öffentlich zerrissen worden. Das muss man deutlich sagen: „Das war Panikmache“, „um Himmels Willen, wir sollen Hamsterkäufe machen, wir sollen uns Toilettenpapier auf Lager legen“... Heute würde das in dieser Form sicherlich keiner mehr wiederholen.

Ich glaube auch – da bin ich vollkommen an der Seite von Dr. Thiebes –, der Bevölkerungsschutz versteht und verstand sich noch nie als Stressor in der Sache. Das ist jemand, der aus der Fachlichkeit kommt, der auch in seiner Fachlichkeit gerne gehört wird und voraussetzt, dass er mit seiner Fachmeinung auch angenommen wird. Es geht nicht darum, dass wir fünf, sechs Menschen hier präsent sind oder online zugeschaltet sind, sondern darum, auch wenn das hier nicht der zuständige Fachausschuss ist: Sie alle, wenn Sie in Ihre Wahlkreise zurückfahren: Nehmen Sie sich mal die Zeit und fahren mal in eine Katastrophenschutzunterkunft, also in eine der Ortsgliederungen, DRK, MAD, THW, wie auch immer! Schauen Sie mal, wie die dort, zum größten Teil zumindest, untergebracht sind.

Da schließt sich aus meiner Sicht direkt die Antwort auf die Frage der Grünen, von Herrn Dr. Kaiser an: Welche Ideen haben wir, mit weniger Personal die Hausaufgaben zu machen? Ich würde das gerne zunächst andersrum aufziehen. Ich würde gerne die Frage stellen: Wie schaffen wir es, in der Bevölkerung das Ehrenamt im Bevölkerungsschutz wieder attraktiv zu machen?

Natürlich können wir jetzt über solche Dinge reden wie Aussetzung der Wehrpflicht. Deswegen ist da Personal weggefallen. Das ist alles müßig. Natürlich ist das richtig. Aber es ist insofern müßig, als dass trotzdem eine weitere tragende Säule weggebrochen ist, nämlich die Attraktivität für dieses gesellschaftliche Engagement. Ich sage es mal ganz drastisch: Solange wir Förderprogramme haben, um Kunstrasenplätze für Sportvereine zu etablieren – das ist alles gut und schön, ich glaube, keiner von uns würde das in irgendeiner Form in Frage stellen –, wir es aber nicht schaffen, den Menschen im Bevölkerungsschutz eine attraktive Unterkunft zu bringen ...

Also im Klartext: Ich spreche jemanden auf einem Bürgerfest an und sage, geh doch mal mit und engagiere dich im Bevölkerungsschutz! Dann nehme ich ihn sinnbildlich an die Hand und führe ihn in eine unserer Unterkünfte, die nicht gefördert sind, die



über den satzungsgemäßen Auftrag der Hilfsorganisationen irgendwie finanziert werden. Der geht sofort rückwärts wieder zur Tür raus.

Losgelöst von der Frage „sind dort arbeitsschutzrechtliche Maßnahmen erforderlich?“, ist klar: Da fehlt das Geld. Nicht, weil wir das als Städteregion besonders toll finden, sondern weil wir das Thema jetzt angefasst haben, haben wir gesagt – dieses Jahr zum ersten Mal –: 300.000 Euro, vorbehaltlich der politischen Beschlussfassung ab dem nächsten Jahr 500.000 Euro, die wir als untere Katastrophenschutzbehörde, losgelöst von der Frage der Refinanzierung in die Hand nehmen, um den Ehrenamt im Bevölkerungsschutz in einer Pro-Kopf-Pauschale pro Helfendem unmittelbar Hilfe zukommen zu lassen.

Diese 500.000 Euro werden dafür genutzt, um Stiefel zu kaufen, um Helme zu kaufen, um T-Shirts zu kaufen, um den Menschen ein attraktives Umfeld zu geben, vielleicht noch einen Sozialraum auszubauen, vielleicht einen Homeoffice-Arbeitsplatz in einer Unterkunft zu bieten, damit die Menschen verstehen: Wenn ich mich für den Bevölkerungsschutz engagiere, bekomme ich nicht nur – ich überspitze jetzt, bitte nicht falsch verstehen – eine schon mal getragene Latzhose, damit ich Sandsäcke schleppen kann, sondern ich habe ein attraktives Ehrenamtsumfeld, und ich kann draußen mit Stolz und mit Fug und Recht auch mit breiter Brust behaupten, dass ich in einem gut aufgestellten Bevölkerungsschutz aktiv bin.

Deswegen, auch wenn es vielleicht der falsche Ausschuss in dem Zusammenhang ist, glaube ich als Statement für die unteren Katastrophenschutzbehörden wiedergeben zu können: Wir wissen selbst nicht, wie wir das Ganze finanzieren sollen. Das muss man ganz klar sagen.

Ich weiß, Sie als Fachpolitiker hören an alle Ecken immer und immer wieder: Wir brauchen Geld, wir brauchen Geld für ganz viele verschiedene Themen. Aber ich möchte trotzdem noch mal den Blick darauf weiten. Wir können uns gerne über KI unterhalten. Wir können uns gerne über Prävention unterhalten. Aber ganz klar ist: Wir müssen damit anfangen.

Was ich wahrnehme, ist, dass es in den letzten Jahren deutlich zugenommen hat. Ich bin sehr gerne Gast hier in diesem Haus. Ich glaube, es ist jetzt etwas Neues, dass wir so oft dazu gehört werden, wofür ich auch sehr dankbar bin. Aber es bleibt dabei, dass wir schauen müssen, dass wir das in der kommunalen Familie auch wirklich ans Laufen bekommen. Und da, tatsächlich, geht es um Geld und sicherlich auch bei Ihnen selbst, persönlich, um die Werbung dafür, dass wir diese Themen weiter voranbringen.

Um vielleicht abschließend auf Herrn Keith von der AfD zurückzukommen, auch aus der Brille der unteren Katastrophenschutzbehörden ein praktisches Beispiel aus der letzten Flutkatastrophe in Niedersachsen, warum denn eine solche Ebene Sinn machen kann: In der klassischen Führungslehre ist es so, dass wir immer eine koordinierende Stelle über uns brauchen.

In der letzten Flutkatastrophe in Niedersachsen gab es, das fand ich sehr bezeichnend, ich habe es selbst noch mal überprüft, eine Anfrage des Landes Niedersachsen an das gemeinsame Melde- und Lagezentrum des Bundes für die Lieferung von mobilen Deichen. Innerhalb von 90 Minuten lagen die Rückmeldungen aller Bundesländer

vor. Wenn man das einmal hochskaliert auf die EU-Ebene, glaube ich, dass das tatsächlich auch noch mal ein zeitlicher Booster sein kann. Nur um das noch mal abzurunden, dass das auch aus fachlicher Sicht sicherlich Sinn machen kann.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Vielen Dank. – Ich mache nur bei der Frage „Fachlichkeit/Ausschuss“ die Anmerkung, dass wir federführend diesen Antrag bekommen haben, der Innenausschuss aber mitberatend ist, dass das eine gemeinsame Anhörung ist und wir auch Mitglieder wie den Kollegen Schnelle aus dem Innenausschuss bei uns haben, sodass Sie keine Sorge haben müssen, dass Informationen verlorengehen oder da nicht ankommen, wo sie ankommen sollen.

Ich frage und gucke in die Runde, ob es Bedarf für eine dritte Fragerunde gibt. – Ich sehe Kopfschütteln. Dann wären wir am Ende unserer heutigen Anhörung. Ich bedanke mich herzlich bei den Sachverständigen für Ihre Bereitschaft, unsere Fragen zu beantworten. Ich wünsche Ihnen allen, die hier im Raum sind, eine gute Heimreise, viel Erfolg weiterhin und Dankeschön in den Kreis Lippe und nach Brüssel. Vielen Dank, Herr Haase, Herr Gössl, dass Sie zugeschaltet waren.

Das Protokoll der heutigen Veranstaltung ist nach Fertigstellung auf der Internetseite des Ausschusses einsehbar. Ich schließe die Sitzung.

gez. Stefan Engstfeld  
Vorsitzender

**Anlage**

03.04.2024/10.04.2024

**Anhörung von Sachverständigen**  
des Ausschusses für Europa und Internationales

**Den europäischen Katastrophenschutz durch NRW-Initiativen stärken -  
Nordrhein-Westfalen muss sein Schweigen brechen und weiter europäische  
Solidarität zeigen!**

Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/6365

am Freitag, dem 8. März 2024  
10.00 bis (max.) 13.00 Uhr, Raum E3 A02, Livestream

## Tableau

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
StädteRegion Aachen A 38 Amt für Rettungswesen und Bevölkerungsschutz Andreas Dovern Aachen	<b>Andreas Dovern</b>	---
Verbindungsbüro des Deutschen Roten Kreuzes bei Landtag und Landesregierung von NRW Dr. Sascha Rolf Lüder Düsseldorf	<b>Wilfried Rheinfelder</b> Dr. Sascha Rolf Lüder	<b>18/1304</b>
Europäische Kommission Generaldirektion Europäischer Katastrophenschutz und humanitäre Hilfe (GD ECHO) Hans-Ulrich Gössl stellvertretender Abteilungsleiter für die Abteilung „Civil Protection Policy“ Brüssel Belgien	<b>Hans-Ulrich Gössl</b> <i>(Zuschaltung Videokonferenz)</i>	<b>18/1315</b>
Dr. Peter Billing freiberufliche Beratungs- und Lehrtätigkeit im Bereich internationales Katastrophenrisikomanagement / EU- Katastrophenschutzverfahren Königswinter	<b>Dr. Peter Billing</b>	<b>18/1313</b>

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Deutsches Komitee Katastrophenvorsorge e.V. Dr. Benni Thiebes Geschäftsführer Bonn	<b>Dr. Benni Thiebes</b>	<b>18/1317</b>
Verband der Feuerwehren in NRW e.V. Christoph Schöneborn Landesgeschäftsführer Wuppertal	<b>Meinolf Haase</b> <i>(Zuschaltung Videokonferenz)</i>	----

\*\*\*